

GESCHÄFTSBERICHT 2003 BERLIN/KÖLN



BERICHT ÜBER DAS 81. GESCHÄFTSJAHR 2003 BERLIN/KÖLN

# TÄRTROQ

EIN PORTRÄT IST DAS KÜNSTLERISCHE BILD EINES MENSCHEN ALS WIEDERGABE SEINER PERSÖNLICHKEIT, WOBEI DIE ÄUßERE PORTRÄTÄHNLICHKEIT HINTER DER KÜNSTLERISCHEN BILDNISABSICHT ZURÜCKTRETEN KANN.

#### BILDNISARTEN LASSEN SICH UNTERSCHEIDEN

- » NACH DER TECHNIK (MALEREI, PLASTIK, GRAFIK),
- » NACH DEM UMFANG DER DARSTELLUNG (GANZ-, DREIVIERTEL- UND HALBFIGURENBILDNIS, BRUST- UND KOPFBILD),
- » NACH DEM RANG DES DARGESTELLTEN (HERRSCHER-, STANDES- UND GESELLSCHAFTSBILDNIS) UND
- » NACH DER FIGURENZAHL (EINZEL-, DOPPEL- UND GRUPPENBILDNIS).

DER DARGESTELLTE KANN IN VORDERANSICHT (EN FACE), SEITENANSICHT UND IM HALBPROFIL ERSCHEINEN.

#### INHALT

ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG	06
BFS AUF EINEN BLICK	07
AUFSICHTSRAT	08
ORGANE	09
ZENTRALBEIRAT	10
EINBLICKE	12
BERICHT DES VORSTANDES	14
WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	15
ENTWICKLUNGEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT	22
LAGEBERICHT 2003	29
ENGAGEMENT UND KNOW-HOW	44
ENTWICKLUNG DER TOCHTERGESELLSCHAFTEN	48
BERICHT DES AUFSICHTSRATES	54
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2003	57
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	61
ANHANG 2003	6 4
BESTÄTIGUNGSVERMERK	76
GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN	77

### ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG

Das Geschäftsjahr 2003 war für die Bank für Sozialwirtschaft AG das erfolgreichste Geschäftsjahr in ihrer Firmengeschichte. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und entgegen dem Trend im Bankensektor konnten wir erneut Zuwächse in allen Geschäftsfeldern verzeichnen. Auch unsere weiteren Geschäftsperspektiven schätzen wir als sehr positiv ein.

Den Geschäftserfolg der letzten Jahre und die optimistische Einschätzung der künftigen Entwicklung sehen wir in der konsequenten strategischen Ausrichtung der Bank auf die Branche Sozialwirtschaft begründet. Zudem haben wir in den letzten Jahren eine Reihe interner Restrukturierungsmaßnahmen durchgeführt, die im laufenden Jahr abgeschlossen werden. Dadurch haben wir Freiräume für eine weitere Geschäftsausweitung geschaffen. Die auf der Hauptversammlung 2003 beschlossene Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien hat die Voraussetzungen, unsere Marktstellung langfristig ausbauen zu können, weiter verbessert.

Unser Ziel ist es – im Grunde seit der Gründung der Bank im Jahr 1923 – nicht nur Kreditinstitut, sondern Partner für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens zu sein.

Daher umfassen die Angebote der Bank für Sozialwirtschaft AG über die Bankleistungen einer Universalbank hinaus eine Reihe von Produkten und Instrumenten, die dem spezifischen Bedarf der Sozialwirtschaft angepasst sind. Diese Angebote entfalten ihre positive Wirkung vor allem über unsere Mitarbeiter, die in die Beratung die besonderen Bedingungen sozialwirtschaftlicher Unternehmen und Organisationen einbeziehen, so dass sie gemeinsam mit den Kunden individuelle Lösungen z. B. für Finanzierungsfragen oder für eine optimale Abwicklung des Zahlungsverkehrs entwickeln können.

Um unseren Kunden die Möglichkeit zu geben, sich kontinuierlich mit aktuellen rechtlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen für das Sozial- und Gesundheitswesen und ihren Konsequenzen für das Management auseinander zu setzen, bieten wir inzwischen seit 15 Jahren über unsere Tochtergesellschaft BFS Service GmbH ein umfangreiches Seminar- und Tagungsprogramm an. Unterstützt wird dieses durch regelmäßige aktuelle Vortragsveranstaltungen in den Geschäftsstellen der Bank und durch Publikationen, die im Eigenverlag der Bank erscheinen. All diese Maßnahmen haben das Ziel, unsere Kunden in einer wirtschaftlichen Betriebsführung zu unterstützen und so zu ihrer Zukunftsfähigkeit beizutragen.

Welche Initiativen und Maßnahmen im Geschäftsjahr 2003 neu entstanden sind oder weiter entwickelt wurden, um unsere Positionierung als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozialwirtschaft zu verbessern, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

#### BFS AUF EINEN BLICK

	31.12.2003 Mio EUR	31.12.2002 Mio EUR	<b>V</b> eränderung in Mio EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	3.687,9	3.618,5	69,4	1,9 %
Geschäftsvolumen	3.687,9	3.618,5	69,4	1,9%
Eigengeschäft	3.522,0	3.448,8	73,2	2,1%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	72,6	61,7	10,9	17,7%
Forderungen an Kreditinstitute	164,1	244,7	-80,6	-32,9%
Wertpapiere	1.769,3	1.557,5	211,8	13,6%
Forderungen an Kunden	1.542,0	1.517,4	24,6	1,6%
Treuhandkredite	165,9	169,7	-3,8	-2,2%
Einlagen von Kreditinstituten	1.225,7	1.142,9	82,8	7,2 %
Einlagen von Kunden	2.058,9	2.063,9	-5,0	-0,2 %
- täglich fällig	1.029,1	990,8	38,3	3,9 %
- Festgelder	938,6	978,2	-39,6	-4,0%
- davon Sparbriefe	56,6	58,7	-2,1	-3,6%
- Spareinlagen	91,2	94,9	-3,7	-3,9 %
eigene Schuldverschreibungen	79,3	102,5	-23,2	-22,6%

#### **AUFSICHTSRAT**

- » Rüdiger Schmidtchen, Vorsitzender, Stv. Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V., Frankfurt
- » Dr. Robert Batkiewicz, Stv. Vorsitzender, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V., Köln
- » Christian Graf von Bassewitz, Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG, Düsseldorf (seit 8. Juli 2003)
- » Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn
- » Dr. h. c. Jürgen Gohde, Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin
- » Johann Wilhelm Römer, Generalsekretär a. D., Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Bonn (bis 7. Juli 2003)
- » Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär a. D., Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg (bis 7. Juli 2003)
- » Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident und Finanzdirektor, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart
- » Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R., Oberaudorf
- » Michael Warman, Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Frankfurt
- » Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin (seit 8. Juli 2003)

#### ORGANE

#### **VORSTAND**

- » Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
- » Dietmar Krüger, Köln
- » Nando E. Sawall, Köln

#### GENERAL-BEVOLLMÄCHTIGTE

- » Jürgen Meurer, Berlin und Köln
- » Günter Schümmer, Köln

## PROKURISTEN UND ABTEILUNGSDIREKTOREN

- » Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
- » Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
- » Heinz Eberhardt, Direktor Revision, Köln
- » Thomas Kahleis, Direktor Personal, Organisation, Kommunikation, Köln
- » Dr. Dr. Lothar Kolbe, Direktor Justitiariat, Köln
- » Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- » Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
- » Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln
- » Georg Wiesner, Direktor System- und Softwareentwicklung, Berlin (seit 1.12.2003)

#### GESCHÄFTSSTELLEN-LEITER

- » Andreas Belzner, Leiter der Geschäftsstelle Karlsruhe
- » Lutz Brünkmann, Direktor der Geschäftsstelle München
- » Ulf Hartmann, Leiter der Geschäftsstelle Mainz
- » Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- » Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
- » Enrico Meier, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg
- » Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
- » Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
- » Volker Sitte, Leiter der Geschäftsstelle Dresden
- » Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

#### ZENTRALBEIRAT

- » Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Westliches Westfalen e.V., Dortmund
- » Dr. Andreas von Block-Schlesier, Generalbevollmächtigter, Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Europäische Union, Brüssel (bis 31.12.2003)
- » Walter Bockemühl, Vorsitzender des Vorstandes, AOK Rheinland-Pfalz, Eisenberg
- » Georg Freiherr von Boeselager, Finanzdirektor, Diözese Limburg, Limburg
- » Prof. Dr. Hans-Joachim Brauns, Geschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Berlin (bis 31.12.2003)
- » Dietmar Bühler, Verwaltungsdirektor, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
- » Klaus Dahlmeyer, Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e.V., Karlsruhe
- Thomas Dane, Abteilung Finanzen und Wirtschaft, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg Innere Mission und Hilfswerk e.V., Berlin (seit 1.01.2004)
- » Thomas Doerr, Bundesvorstand Die Johanniter, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Berlin
- » Klaus Dörrie, Hauptgeschäftsführer i. R., Dietzenbach
- Tilo Erfurth, Inter-Safe-Technik GmbH, Kiel (bis 31.12.2003)
- » Günter Famulla, Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e. V., Hannover
- » Franz-Heinrich Fischler, Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Berlin
- » Dr. Albert Hauser, Vorstand, Caritasverband für die Erzdiözese München und Freising e.V., München
- » Wolfgang F. Kraft, Stellv. Vorstandsvorsitzender, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
- » Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Franz Peter Lang, Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen
- » Oswald Menninger, Geschäftsführer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Berlin (seit 1.01.2004)
- » Bernd Molzberger, Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegeanstalt GmbH, Waldbreitbach
- » Wilhelm Müller, Geschäftsführer, Arbeiter-Samariterbund Bundesverband e.V., Köln

- » Jens Nielsen, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel
- » Hans-Peter Niemeier, Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn
- » Johann-Wilhelm Römer, Generalsekretär a. D., Mainz (seit 1.01.2004)
- » Bernd Scheweling, Geschäftsführer, Curanum Holding AG, München
- » Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär a.D., Bonn / Bad Godesberg (seit 1.01.2004)
- » Elfi Scho-Antwerpes, Kreisgruppenvorsitzende, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V., Köln
- » Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg
- » Peter Schöne, Geschäftsführer, DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH, Mainz
- » Berthold Simons, Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin
- » Gerd Spiecker, Finanzdirektor, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Wuppertal
- » Pfarrer Eckhard Steinhaeuser, Direktor i. R., Berlin (bis 31.12.2003)
- » Hans-Günther Strothotte, Landesgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg
- » Reinhold Voht, Landesvorsitzender, Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin e.V., Berlin
- » Clemens Graf von Waldburg-Zeil, Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Berlin (seit 1.01.2004)
- » Dr. Hans Wendtner, Stellv. Geschäftsführer, Deutsche Bischofskonferenz, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn
- » Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin (bis 7.07.2003)
- » Dieter Wittenbrink, Geschäftsführer, Zentralverwaltung der Häuser vom Guten Hirten, Münster

#### **EINBLICKE**

#### **80 JAHRE BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT**

Im Rahmen einer Festveranstaltung mit Gästen aus dem Aufsichtsrat und dem Zentralbeirat der Bank sowie ausgewählten Vertretern aus Politik und Wohlfahrtspflege feierte die Bank für Sozialwirtschaft am 12. März 2003 in Berlin ihr 80-jähriges Jubiläum.

Aus der Perspektive der Sozialwirtschaft und der sie prägenden Herausforderungen und Umbrüche erläuterte Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender des Vorstandes der BFS, in seiner Festansprache wesentliche Eckdaten aus der Geschichte der Bank seit ihrer Gründung am 10. März 1923. Dabei ging er nicht nur auf den Ausbau der BFS im Bereich der Finanzdienstleistungen ein, sondern auch auf ihre Rolle als Mitgestalterin des Wandels in der Sozialwirtschaft. Insbesondere betonte er, dass die Bank für Sozialwirtschaft durch ihre frühzeitige strategische Neuausrichtung und die daraufhin bereits vollzogenen internen Restrukturierungsprozesse hervorragend auf künftige Herausforderungen vorbereitet ist. Auch den großen Erfolg der BFS in den letzten Geschäftsjahren führte er unter anderem darauf zurück, dass die Bank in sich ändernden Umfeldern immer wieder ihre Reformfähigkeit gezeigt hat.

Rüdiger Schmidtchen, stv. Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der BFS, betonte in seiner Festrede zum Thema "Selbstverständnis und Entwicklung Freier Wohlfahrtspflege", dass die Bank für Sozialwirtschaft sich seit 80 Jahren an den aktuellen sozialwirtschaftlichen Bedürfnissen orientiere und entsprechend dem Selbstverständnis der Verbände effiziente Beratungs- und Finanzdienstleistungen und damit Lösungsmöglichkeiten für komplexe sozialwirtschaftliche Fragestellungen anbiete. Insbesondere ging er auf die Rolle der Bank als Impulsgeber bei der Planung und Steuerung von Projekten ein. Als aktuelles Beispiel nannte er die Begleitung durch die BFS bei der Lobbyarbeit der Freien Wohlfahrtspflege zum Thema Basel II.

Als Gastreferenten begrüßte Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt anschließend Florian Gerster, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit. Er thematisierte in seinem Vortrag vor allem den bevorstehenden Umbau der Bundesanstalt für Arbeit angesichts der aktuellen Anforderungen der Politik und des Arbeitsmarktes. Auch erläuterte er einige seiner Einschätzungen zu Instrumenten zur Belebung des Arbeitsmarktes, z. B. zur Rolle der Zeitarbeit, zum Kündigungsschutz oder auch zu den längeren Ladenöffnungszeiten. Abschließend ging er auf den weiteren Reformbedarf am Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund eines derzeit ungünstigen wirtschaftlichen Umfeldes ein. Sehr deutlich machte er, dass die Bundesanstalt für Arbeit allein das Problem der Arbeitslosigkeit nicht werde lösen können, sondern lediglich ihren Beitrag dazu leisten werde.

Im Rahmen der Festveranstaltung wurden außerdem die Preisträger des 3. Wettbewerbs "Sozialkampagne" ausgezeichnet, den die Bank für Sozialwirtschaft AG im Herbst 2002 ausgeschrieben hatte:

#### 3. WETTBEWERB "SOZIALKAMPAGNE"

Mit ihrer Pro-Bono-Kampagne "Überleben" für die Stiftung für Folteropfer, Berlin, gewann die Agentur Jung von Matt an der Spree den mit EUR 5.000,- dotierten ersten Preis im 3. Wettbewerb "Sozialkampagne". Den 2. Preis (EUR 2.500,-) sicherte sich Daniela Kühne mit ihrem Team von Werbefachleuten, die aus eigener Initiative und Betroffenheit heraus eine Kampagne für "ANAD pathways e. V.", eine der größten überregionalen Beratungsstellen für Essstörungen in Deutschland, realisiert hat. Der 3. Preis in Höhe von EUR 1.500,- ging an die Hamburger Agentur Kolle Rebbe. Sie wurde für ihre Kampagne für das Therapie- und Beratungszentrum "Die Brücke e. V.", Hamburg, ausgezeichnet.

Rüdiger Schmidtchen würdigte in seiner Preisrede insbesondere das Engagement der Gewinner-Agenturen, die ihre Kreativität sozialen Organisationen ohne Entgelt zu Verfügung gestellt haben. Mit ihren aufmerksamkeitsstarken und innovativen Kampagnen hätten sie dazu beigetragen, aktuelle soziale Fragestellungen öffentlich präsent zu machen und ihnen Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung zu verschaffen.

Dies zu unterstützen ist auch ein Anliegen des Wettbewerbes der Bank für Sozialwirtschaft AG, der 1998 zum ersten Mal ausgeschrieben wurde und seitdem im zweijährigen Rhythmus stattfindet. Soziale Organisationen und ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit sollen stärker öffentlich sichtbar werden als bisher. Die zehn besten Wettbewerbsbeiträge wurden daher in Form einer Dokumentation veröffentlicht, die bis heute von der Website der Bank (www.sozialbank.de) herunter geladen werden kann. Insgesamt zeigten die eingereichten Kampagnen ein breites Spektrum an Beispielen, wie Werbung für soziale Themen heute aussehen kann.

Der Wettbewerb "Sozialkampagne" der Bank für Sozialwirtschaft stieß bei den Anwesenden auf sehr positive Resonanz. Während der Preisverleihung lobte insbesondere Christine Bergman, Bundesfamilienministerin a. D., das Engagement der Bank für Sozialwirtschaft AG. Als Kuratoriumsmitglied der Stiftung für Folteropfer bedankte sie sich im Namen der Agentur Jung von Matt an der Spree und der Stiftung für die Auszeichnung und betonte die Notwendigkeit von Werbung für soziale Themen.



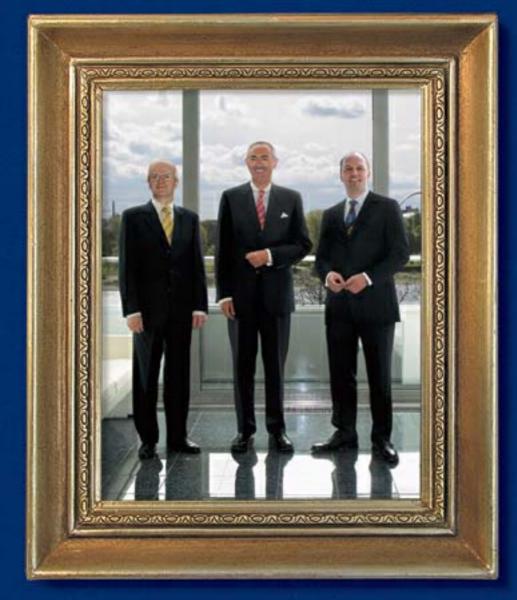




BREE

BROOM

BEE















« DIETMAR KRÜGER PROF. DR. DR. HAMMERSCHMIDT, VORSITZENDER NANDO E. SAWALL

### BERICHT DES VORSTANDES

#### WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im vergangenen Jahr verzeichnete Deutschland das niedrigste Wirtschaftswachstum seit zehn Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt ging 2003 um 0,1 % zurück. Der zunächst prognostizierte positive Zuwachs blieb aus, da in der ersten Jahreshälfte die Inlandsnachfrage weiterhin sehr schwach und die außenwirtschaftlichen Einflüsse dämpfend waren. Nach drei Jahren Stagnation war in den privaten Haushalten ebenso wie in den Unternehmen die Skepsis über eine Verbesserung der Einkommensperspektiven und der Ertragserwartungen so groß, dass selbst der kräftige Impuls einer im 2. Halbjahr anziehenden Weltkonjunktur nur zögerlich auf die Binnenwirtschaft übersprang. Erst zum Jahresende erholte sich die Inlandsnachfrage allmählich.

In den ersten sechs Monaten des Jahres führte die noch schwache weltwirtschaftliche Dynamik zudem zu einem Rückgang der Exporte. Mit der Erholung des internationalen Umfeldes kam es im dritten Quartal zu einer Erholung der Ausfuhren. Insgesamt stiegen die Exporte im Berichtsjahr um 1,1%, während sich die Importe um 2,6% erhöhten.

#### INVESTITIONEN UND PRIVATER KONSUM WEITER RÜCKLÄUFIG

Im Bereich der Investitionen war ein weiterer Rückgang festzustellen. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,9 %. Dazu trugen vor allem die Ausrüstungsinvestitionen und die Bauinvestitionen bei, die um 3,0 % bzw. 3,4 % zurückgingen.

Auch die Kaufzurückhaltung der Verbraucher setzte sich fort. Real ging der Konsum der privaten Haushalte um 0,1 % zurück. Durch gestiegene Sozialversicherungsbeiträge (+2,3 %) und höhere Lohnsteuern (+ 0,6 %) waren die Nettolöhne und –gehälter nominal um 0,9 % niedriger als im Vorjahr. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stiegen um 0,9 %. Hauptursache dafür waren empfangene Sozialleistungen und Transfers.

Die Verbraucherpreise stiegen moderat um 1,1%. Die Abschwächung der Teuerung ist vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Preise für technische Güter zurückzuführen. Die Nahrungsmittelpreise waren hingegen gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Mineralölerzeugnisse (+ 4,4%).

#### ZAHL DER ARBEITSLOSEN ERNEUT GESTIEGEN

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt blieb im Zuge der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weiter angespannt. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit auf 4,38 Mio. Personen und damit um 8,0 % gegenüber dem Vorjahr. Im Jahresverlauf stabilisierte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte. Verantwortlich dafür war jedoch keine Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen, sondern eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik nach dem Prinzip "Fördern und Fordern", die nicht zuletzt eine statistische Bereinigung der Zahlen zur Folge hatte. Die verstärkte Überprüfung der tatsächlichen Arbeitsbereitschaft und die strengere Durchsetzung von Meldepflichten erhöhte die Abmeldung bisher als arbeitslos registrierter Personen in die Nichterwerbstätigkeit. Unter anderem deshalb ging die Erwerbstätigkeit um 1,0 % auf 38,3 Mio. Menschen zurück.

Die Situation der öffentlichen Haushalte verschlechterte sich 2003 nochmals deutlich. Mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 3,9 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wurde die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts zum zweiten Mal in Folge deutlich überschritten. Der Hauptanteil daran entfiel wegen der höheren Ausgaben aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit auf den Bundeshaushalt.

#### EZB-LEITZINSEN AUF HISTORISCHEM TIEF

Die Europäsche Zentralbank (EZB) ist im Jahr 2003 trotz einer leichten Überschreitung ihres Stabilitätsziels und einer weiter steigenden Überschussliquidität auf einen verstärkt expansiven Kurs eingeschwenkt. Damit reagierte die Geldpolitik auf die Stagnation der Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte. Im zweiten Halbjahr verstärkten sich zwar die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung, der Auftrieb war aber noch so schwach, dass die EZB ihren Expansionskurs bis zum Jahresende beibehielt.

Wie im Vorjahr stellten sich die Konjunkturprognosen für das Jahr 2003 als zu optimistisch heraus. Für Unsicherheit sorgten zudem gleich in den ersten Monaten des Jahres die sich zuspitzende Irakkrise und die Ausbreitung der SARS-Epidemie. Auf die Eintrübung des Wirt-

schaftsklimas reagierte die EZB bereits am 6. März 2003 mit einer Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 2,50 %. Nachdem sich eine konjunkturelle Verbesserung auch nach dem Ende des Irakkrieges Anfang Mai nicht abzeichnete und die anhaltenden Stagnationstendenzen zudem zu einer Deflationsdebatte geführt hatten, wurde der Leitzins am 5. Juni 2003 um weitere 50 Basispunkte auf einen historischen Tiefstand von 2,00 % gesenkt. Die Ausrichtung der Geldpolitik wurde mit einem kurzfristigen Realzins in der Nähe des Nullpunkts deutlich expansiv. Ende Juni verringerte auch das Federal Reserve System (Fed) seinen Leitzins. Der Zinssatz für das Tagesgeld wurde um 25 Basispunkte gesenkt. Mit 1,00 % erreichte er den niedrigsten Stand seit Ende der 50er Jahre. In der zweiten Jahreshälfte kam es zu einer allmählichen Verbesserung der internationalen Wirtschaftslage. Dennoch beließ die EZB den Leitzins bis zum Jahresende unverändert.

#### HÖHENFLUG DES EURO

Der Euro konnte bereits in den ersten Wochen des Jahres von der hohen geopolitischen Unsicherheit und von Hinweisen auf eine schleppende weltweite konjunkturelle Erholung profitieren. Bis Mitte März legte er gegenüber dem Dollar um 5 Cent zu und notierte bei 1,09 US-Dollar. Zwar wurde der Höhenflug kurzzeitig unterbrochen, als ein schnelles Ende des Irakkrieges absehbar wurde und sich daher die Hoffnung auf eine schnelle weltweite Konjunkturerholung verstärkte. Er setzte sich aber bereits im Mai und Juni fort, als durchwachsene US-Konjunkturdaten Zweifel an einem schnellen Aufschwung auslösten. Ende Mai erreichte der Euro einen Höchststand von 1,19 US-Dollar pro Euro und überstieg damit erstmals seinen Einführungskurs vom Januar 1999 um einen Cent.

Im Sommer wurde der Höhenflug erneut unterbrochen. Die Konjunkturindikatoren aus den USA zeigten eine deutliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit an, während die Daten aus dem Euroraum weiterhin auf Stagnation wiesen. Bis Anfang September fiel der Wert des Euro auf 1,07 US-Dollar zurück – um nach erneuten Zweifeln an der Nachhaltigkeit des US-Aufschwungs bereits Ende September wieder über die Marke von 1,15 US-Dollar pro Euro zu steigen. Dabei kam dem Euro auch ein Statement der G7-Finanzminister und –Notenbankgouverneure zugute, die sich für eine größere Flexibilität der Wechselkurse aussprachen.

Nach einer Phase der Seitwärtsbewegung setzte sich die Aufwertung des Euro weiter fort. Obwohl neue Konjunkturdaten weiterhin für die USA eine stärkere Expansion als für den Euroraum anzeigten, verschob sich die Nachfrage am Devisenmarkt nachhaltig zugunsten des Euro. Die Frage nach der Finanzierbarkeit des anhaltend hohen Leistungsbilanzdefizits in den USA und des gravierenden staatlichen Hauhaltsfehlbetrages belasteten die US-Währung zunehmend. Aber auch die Erwartung einer länger anhaltenden Zinsdifferenz zugunsten des Euro schlug sich zugunsten der Gemeinschaftswährung nieder. Während von der EZB im Jahr 2004 ein Anstieg der Leitzinsen um bis zu 0,75 % erwartet wurde, signalisierte das Fed trotz der positiven Konjunkturaussichten für eine längere Zeit unveränderte Leitzinsen. Bis zum Jahresende stieg der Euro auf 1,26 US-Dollar. Dies entspricht einem Gewinn um 21 % gegenüber dem Stand vom Jahresbeginn.

#### ZINSEN AUF NIEDRIGEM NIVEAU

Zu Beginn des Jahres profitierten die Anleihen von der sich verschärfenden Irakkrise. Einem Kurseinbruch am Aktienmarkt folgte eine Flucht in die Sicherheit. Dabei sanken die Renditen auch in Erwartung einer niedrigeren Geldentwertung infolge der Wirtschaftsschwäche. Von Anfang Januar bis in die erste Märzhälfte verringerte sich die Umlaufrendite um rund 50 Basispunkte auf 3,5 %. Aufgrund der optimistischen Haltung der Marktakteure bezüglich eines kurzen und erfolgreichen Militärschlages bewegten sie sich anschließend bis zum Ende der Kampfhandlungen im Irak Anfang Mai seitwärts. Die Diskussion um Deflationsgefahren, die einsetzte, als nach dem Ende des Irakkrieges kein Wirtschaftsaufschwung sichtbar wurde, führte im Mai und Juni zu einer Flucht in Rentenwerte, die Mitte Juni ein Allzeit-Tief der Umlaufrendite von 3,17 % zur Folge hatte.

In den folgenden Monaten gaben die Anleihekurse wieder nach. Die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung nahmen zu und zugleich kam es am Aktienmarkt zu Kursgewinnen. Anfang September erreichte die Umlaufrendite mit der Marke von 4,0 % wieder ihren Stand vom Jahresbeginn und bewegte sich dann bis zum Jahresende tendenziell seitwärts. Zum Jahresultimo lag die Umlaufrendite bei 3,9 % und damit fast genauso hoch wie zum Jahresbeginn.











#### AKTIENMARKT-ERHOLUNG ZUM JAHRESENDE

Am Aktienmarkt sorgte die sich zuspitzende Irakkrise in den ersten Monaten des Jahres für kräftige Kursverluste. Wenige Tage vor Beginn der militärischen Auseinandersetzungen Mitte März erreichte der DAX mit 2.202,96 Punkten einen Achtjahrestiefstand. Gegenüber dem Stand vom Jahresbeginn entsprach dies einem Kursverlust um rund 30 %. Die Aussicht auf einen raschen militärischen Erfolg der USA sowie sinkende Ölnotierungen führten bis Anfang Mai jedoch bereits wieder zu einer fast ebenso großen Erholung. Obwohl der Aktienmarkt im Mai kurzfristig durch die Debatte um die Deflationsrisiken belastet wurde, hielten sich die damit verbundenen Kursverluste in engen Grenzen.

Bis September setzte sich die Erholung der Aktienkurse fort. Dazu trugen vor allem die optimistischere Einschätzung der Wirtschaftsaussichten und die Zinssenkung der EZB vom 5. Juni 2003 bei. Der DAX erreichte einen Höchststand von 3.668,67 Punkten und lag damit etwa 15% über seinem Stand vom Jahresbeginn. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Aufschwungerwartungen nur für die USA von harten Konjunkturdaten unterfüttert worden, für den Euroraum waren dagegen wenige Belege für ein Ende der Stagnationsphase zu finden. Spekulationen, die Konjunkturerwartungen könnten übertrieben sein, führten daher in der Folge zu einer Kurskorrektur. Belastet wurde der DAX zudem durch die zunehmende Eurostärke. Am Ende des dritten Quartals lag der DAX wieder fast auf dem Niveau vom Jahresanfang.

In den letzten drei Monaten des Jahres beflügelten positive Konjunkturdaten – auch für den Euroraum – sowie unerwartet günstige Gewinnmeldungen die Nachfrage nach Aktien. Der DAX konnte im letzten Quartal um knapp 20 % auf 3.965,16 Punkte zulegen und verzeichnete damit gegenüber dem Jahresbeginn einen Zuwachs um 28 %.

#### **AUSBLICK**

Im Jahr 2004 wird mit einer weiteren Belebung der Weltwirtschaft gerechnet. Angesichts des starken Euro und der dadurch gedämpften Exporterwartungen wurden die Wachstumsprognosen für Deutschland allerdings bereits im März nach unten korrigiert. So revidierte beispielsweise das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) seine Erwartung für einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,8 % auf 1,6 %. 0,6 Prozentpunkte des Anstiegs sind allein auf die zusätzlichen Arbeitstage in diesem Jahr zurückzuführen. Für 2005 rechnet das Institut daher nur mit einem BIP-Wachstum von 1,2 %.

Für den deutschen Arbeitsmarkt lassen nach dem Auslaufen der Hartz-Effekte weder Experten noch Umfragen unter privaten Haushalten und Unternehmen eine nachhaltige Verbesserung erwarten. Im Februar 2004 stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl in Deutschland von 4,27 auf 4,29 Millionen.

Nach den Terroranschlägen in Madrid wurden die Börsen von einer Angststimmung beherrscht. Längerfristig werden jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Konjunktur prognostiziert. Wesentlich seien das Konsumverhalten und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, sagte beispielsweise Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Diese hingen stärker vom Vertrauen der Bürger in den von der Regierung eingeleiteten Reformprozess ab. Gravierendere Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung befürchten die Experten, falls es weitere schwere Attentate geben sollte.

Der Reformprozess in Deutschland sorgt noch nicht für ein spürbares Wachstum. Der private Konsum wird daher nur moderat und vorübergehend anziehen. Die längerfristigen Perspektiven für die Einkommensentwicklung sind aufgrund des geringen Wachstums des Produktionspotentials gebremst. Für eine durchgreifende Besserung des Verbrauchs ist eine Belebung am Arbeitsmarkt notwendig, die kräftig expandierender Unternehmen bedarf. Für die Politik besteht daher weiterhin ein hoher Handlungsbedarf. Der Rücktritt Gerhard Schröders als SPD-Vorsitzender, die parteiinternen Diskussionen und die damit verbundene Sorge um einen Reformstillstand wirken daher belastend auf die Konjunkturerwartungen.

#### ENTWICKLUNGEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

Über die Haushalte des Staates, der Gebietskörperschaften und der Sozialen Sicherungssysteme wird der überwiegende Teil der Leistungen der Sozialwirtschaft finanziert. Im Jahr 2003 wiesen diese Haushalte erhebliche Defizite aus: der Bund in Höhe von EUR 41,4 Mrd., die Länder in Höhe von EUR 32,7 Mrd., die Kommunen von EUR 5,6 Mrd., die Pflegeversicherung von EUR 0,67 Mrd., die Gesetzliche Krankenversicherung von EUR 3,0 Mrd. und die Bundesanstalt für Arbeit von EUR 6,2 Mrd. Durch die damit verbundenen Entwicklungen wurde im Berichtszeitraum der Veränderungsdruck auf die Sozialwirtschaft weiter erhöht. Unmittelbar wirkten sie sich auf zwei Ebenen auf die Sozialwirtschaft aus: zum einen über ein restriktiveres Finanzverhaltens des Staates und der Gebietskörperschaften, zum anderen durch das Bemühen, die Ausgaben der Sozialen Sicherungssysteme zu begrenzen. Als Folge davon wurden im Berichtszeitraum Leistungen eingestellt, Zuwendungen und Vergütungen eingefroren, gedeckelt oder nur minimal erhöht.

Welchen Rationalisierungsdruck diese Maßnahmen ausüben können, lässt sich am Krankenhausbereich verdeutlichen: Die zulässige Veränderungsrate für Krankenhausbudgets betrug 2003 noch 2,09 % für Westdeutschland und 0,81 % für Ostdeutschland. Für 2004 ist sie auf 0,012 % für Westdeutschland und 0,71 % für Ostdeutschland festgesetzt worden. Die tarifvertraglich bedingten Lohnkosten jedoch stiegen 2003 um 3 % und werden 2004 inklusive der strukturellen Anpassungen in Westdeutschland um 2,9 % und in Ostdeutschland um 4,7 % steigen.

Parallel zu diesen Restriktionen steigt der Bedarf an Leistungen z.B. im Bereich der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Pflege kontinuierlich an. Bei der stationären Wohnbetreuung behinderter Menschen wird schon bis 2007 von einem Mehrbedarf in Höhe von 18,75 % ausgegangen, bei den Werkstättenplätzen von 16,43 %. Der Bedarf an Plätzen im Betreuten Wohnen wird von 2002 bis 2020 um nahezu 300 % steigen, der an Heimplätzen um ca. 33 %.

Professionell agierende Einrichtungen und Trägerorganisationen, die eine marktorientierte strategische Unternehmensführung betreiben, zeigten auch im Berichtsjahr, dass sie in der Wachstumsbranche Sozialwirtschaft große Marktchancen sehen und eine entsprechende Positionierung anstreben. Auf der anderen Seite wurde im vergangenen Jahr erneut deutlich, dass Anbieter, die nicht in der Lage sind, sich den veränderten Bedingungen zu stellen, indem sie z. B. ihre Kosten senken, ihre Geschäftsprozesse optimieren, ihre Produktivität steigern, ein Controlling implementieren, ihr Portfolio bereinigen und leistungsfähige Betriebsgrößen schaffen, es schwer haben, sich am Markt zu behaupten. Die Sozialwirtschaft befindet sich in einem Marktbereinigungsprozess, der sich durch die aktuellen und noch zu erwartenden Entwicklungen der finanziellen Rahmenbedingungen weiter beschleunigen wird.

#### STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN DER FINANZIERUNG

Neben der unmittelbaren Ausgabenkürzung und –begrenzung verändert sich die Ausgabensteuerung. Die Zuwendungs- und die Entgeltfinanzierung werden neu gestaltet mit dem Ziel, die Haushalte zu entlasten und den Mitteleinsatz effizienter zu gestalten.

Im Bereich der Zuwendungsfinanzierung werden Investitionen zunehmend nachgängig bezuschusst. Das bedeutet, dass die Investitionsmittel zunächst vom Träger der Einrichtung aufzubringen sind und eine Refinanzierung erst im Nachhinein über den Investitionskostenanteil im Pflegesatz erfolgt. Damit wird der Investitionskostenanteil zum Bestandteil des Preises, den der Leistungsempfänger zu entrichten hat.¹ Eine Konsequenz daraus ist eine Markteintrittsbarriere in Abhängigkeit von der Höhe des Investitionskapitals, das zur Vorfinanzierung erforderlich ist. Bei Angewiesenheit auf den Finanzmarkt kommt außerdem die Abhängigkeit von einem Rating hinzu. Zudem besteht dabei eine Kopplung der Refinanzierung an die faktische Inanspruchnahme der Leistung (z. B. die Belegung) sowie eine Beeinflussung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Höhe des im Preis enthaltenen Investitionsaufwandes.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>siehe Landespflegegesetze Nordrhein-Westfalen, 1.8.2003, und Mecklenburg-Vorpommern, 16.12.2003



#### ANDREAS BELZNER « LEITER DER GESCHÄFTSSTELLE KARLSRUHE

Auch tritt an die Stelle der Zuwendungsfinanzierung vermehrt eine Leistungsfinanzierung. Immer stärker finden entsprechende vertragliche Regelungen zu Inhalt, Qualität und Vergütung der Leistung und zur Prüfung von Wirtschaftlichkeit und Qualität Anwendung.² Bei der Leistungsfinanzierung wird die Finanzierung stärker als früher an den spezifisch fallbezogenen Bedarf gebunden.³ So wurde z. B. zum 1. Januar 2004 mit den DRGs flächendeckend ein Fallpauschalensystem für Krankenhausleistungen eingeführt.⁴ Diese Regelungen stellen hohe Anforderungen an das Management: Die Anbieter sind gefordert zu rationalisieren, die Kostenträgerrechnung einzuführen, prospektiv und ergebnisorientiert zu wirtschaften sowie wegen der größeren Preis-Leistungs-Transparenz wettbewerbsfähige Vergleichspreise zu bieten.

Für die Höhe der Leistungsvergütung sind nicht mehr die Kosten ausschlaggebend, die die Anbieter geltend machen, sondern der Preis für die gleiche Leistung vergleichbarer Einrichtungen. Indem so die Investitionskosten und die Betriebskosten dem Wettbewerb ausgesetzt werden, entsteht die Situation, dass die sozialwirtschaftlichen Anbieter in einen Preiswettbewerb hineingezwungen werden. Wegen des hohen Anteils an Personalkosten stellt sich dabei die BAT-nahe Bezahlung immer stärker als Wettbewerbsnachteil gemeinnütziger gegenüber privaten Trägern heraus. Um ihre Einrichtungen zukunftsfähig zu gestalten und die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter zu sichern, sind daher im Berichtszeitraum bereits einige gemeinnützige Träger aus dem BAT ausgestiegen sind oder haben ihre BAT-angelehnten Tarifverträge umgestaltet.

Im Rahmen der Leistungsfinanzierung nehmen Ausschreibungsverfahren einen immer größeren Raum ein.<sup>5</sup> Sofern die Ausschreibungen überregional ausgerichtet sind, haben kleinere und regionale Träger im Bieterverfahren geringere Chancen. Dies hat Konsequenzen für die Entwicklung der Anbieterstruktur. Das Vergaberecht beinhaltet ein Ungleichgewicht zwischen dem Auftraggeber und dem Bieter. Sowohl die Planung als auch die Vergabekriterien als auch die Preisgestaltung liegen in der Hand des Auftraggebers. Im Vergabeverfahren ist dadurch das Verhältnis der öffentlichen Auftraggeber zu den freien Trägern nicht mehr mitbestimmt durch deren eigenständige Position. Die Rolle der freien Träger als Partner bei der Schaffung eines bestimmten Versorgungsniveaus und dessen zivilgesellschaftliche Verankerung<sup>6</sup> wird immer weniger berücksichtigt. Ebenso fallen die bisher als Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen institutionalisierten<sup>7</sup> Aushandlungsprozeduren und Vertragssysteme sowie die Schiedsstellenregelungen weg. Für die Freie Wohlfahrtspflege wird damit zunehmend das Wettbewerbliche und damit die Nachfrage konstituierend und nicht mehr das Aushandeln als grundlegendes handlungsrelevantes Element.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> siehe z. B. SGB II. 19.12.2003

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> "Hilfebedarfsgruppen", BSHG, "Fallpauschalen", GKV-RefG, "Hilfeplan", SGB VIII, "Eingliederungsvereinbarungen" SGB IX

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>Fallpauschalenänderungsgesetz, 17.07.2003

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>siehe z. B. SBG II, SGB III <sup>6</sup>so noch in SGB I § 17 <sup>7</sup>BSHG, SGB, SGB XI

Neben der Objektförderung nimmt die Subjektförderung einen immer breiteren Raum ein. Zunehmend werden nicht mehr die Einrichtungen bzw. die Träger bezuschusst, sondern die Nutzer, z. B. in Form von Pflegewohngeld.<sup>9</sup> Darüber hinaus werden verstärkt vorhandene Regelungen zum Persönlichen Budget umgesetzt und diese Finanzierungsform in weitere Gesetze übernommen. Dabei wird dem Anspruchsberechtigten bedarfsabhängig ein Betrag zur Verfügung gestellt – eventuell auch von mehreren Kostenträgern – mit dem er sich die für ihn adäquaten Leistungen einkaufen kann. Entsprechende Regelungen finden sich im Gesetz "Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen" und im "Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch". Auf der Grundlage der so genannten Experimentierklausel im Pflegeversicherungsgesetz" werden auch in diesem Leistungsbereich die Voraussetzungen für die Einführung eines Persönlichen Budgets modellhaft erprobt. Für die Anbieter bedeutet die Tendenz zur Subjektförderung, dass sie ihre Angebotspalette verstärkt auf die von den Nutzern geäußerten Bedürfnisse ausrichten und weiterentwickeln müssen.

#### EUROPÄISCHE EINFLÜSSE

Die nationale Entwicklung der Sozialwirtschaft wird immer enger eingebunden in die europäische Entwicklung.

Ein Beispiel für die zunehmende Erweiterung des Politikspektrums auf der europäischen Ebene und damit auch die wachsende Relevanz für die Sozialwirtschaft ist die "Zweite Mitteilung der EU-Kommission zum Gesundheitswesen und zur Altenpflege in Europa". Dieser Politikbereich behandelt auf europäischer Ebene insbesondere Fragen des Zugangs, der Qualität und der langfristigen Finanzierbarkeit von Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Die unmittelbare operative Durchschlagskraft europäischer Entscheidungen wird insbesondere an der Bedeutung von EuGH-Entscheidungen deutlich: Im September 2003 bekräftigte der EuGH in einem Urteil noch einmal, dass Bereitschaftsdienst im Krankenhaus als Arbeitszeit zu gelten hat<sup>13</sup>; in einem weiteren Urteil wurde die Freizügigkeit bei der Inanspruchnahme von ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen im europäischen Ausland weiter gehend gefasst<sup>14</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup>siehe Landespflegegesetze Nordrhein-Westfalen, 1.08.2003, Mecklenburg-Vorpommern, 16.12.2003

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>SGB IX § 17 i. F. 19.01.2003 <sup>10</sup>SGB XII § 56 Abs. 2, 27.12.2003 <sup>11</sup>SGB XI § 8 Abs. 3

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> vom 3.01.2003 <sup>13</sup> EuGH C-151/02 <sup>14</sup> EuGH C-385/99

Die Tendenz zur Zusammenführung nationaler Politikbereiche im europäischen Kontext kommt in der Mitteilung der EU-Kommission "Straffung der offenen Koordinierung im Bereich Sozialschutz" zum Ausdruck, mit der die verstärkte Koordinierung der Sozialschutzpolitiken der Mitgliedsstaaten angestrebt wird. Für die Teilbereiche Renten, soziale Eingliederung und Bekämpfung von Armut, Gesundheitsversorgung, Soziale Sicherungssysteme und Anreize für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit sollen ab dem Jahr 2006 gemeinsame EU-weite Ziele festgelegt werden.

Ein ordnungspolitisch wichtiger Strang europäischer Politik wurde 2003 weitergeführt: die Bestimmung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) im Kontext des europäischen Wettbewerbsrechts. Hier spielen die Sozial- und Gesundheitsdienste eine wichtige Rolle. Mit der Veröffentlichung eines Grünbuchs zu dieser Thematik hat die Europäische Kommission am 21. Mai 2003 ein Konsultationsverfahren eingeleitet. Im Jahr 2004 werden die Verhandlungen im Europäischen Parlament fortgeführt.

Wenn auch verzögert im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren wird damit allmählich auch die Sozialwirtschaft von tief greifenden Veränderungen erfasst.

#### **AUSBLICK**

Die beschriebenen Entwicklungen werden dazu führen, dass diejenigen Trägerorganisationen und Unternehmen die besten Erfolgsaussichten am Sozialmarkt haben werden, die sich frühzeitig mit Blick auf die nationalen und internationalen Anforderungen positionieren, die mit einer zukunftsfähigen Strategie arbeiten, die die betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente sinnvoll nutzen und die eine hohe Veränderungsbereitschaft zeigen.

Kleine, regionale Träger und Einrichtungen werden weiterhin gefordert sein, ihre Betriebsgrößen zu optimieren und ihr Management zu professionalisieren, um am Sozialmarkt bestehen zu können. Gefragt sind individuelle Angebotsstrategien, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen ebenso wie die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen. Kooperationen, Netzwerke und Fusionen werden dabei weiter an Bedeutung gewinnen.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup>vom 28.05.2003

Die zentrale Herausforderung für alle Marktteilnehmer ist es, den weiterhin zu erwartenden Rückzug des Staates, der Gebietskörperschaften und der Sozialen Sicherungssysteme aus der Finanzierung sozialer Leistungen zu kompensieren, und die Chancen, die sich mit Blick auf den wachsenden Bedarf an diesen Leistungen ergeben, auszuloten und zu nutzen. Zu erwarten ist, dass sich die Anbieterstruktur am Sozialmarkt in den nächsten Jahren weiter verändern wird: Expansionsbestrebungen wirtschaftlich gesunder Träger werden Organisationen gegenüberstehen, die sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Eine höhere Zahl an Insolvenzen von Einrichtungen und Verbänden ist zu erwarten, wenn diese sich nicht rechtzeitig den veränderten Bedingungen anpassen. Insgesamt sind Konzentrationsprozesse am Sozialmarkt zu erwarten.

Freigemeinnützige Einrichtungen und Verbände werden in den nächsten Jahren noch stärker als bisher vor der Frage stehen, wie sie ihre Rolle als sozialwirtschaftlicher Akteur in einem zunehmendem Wettbewerb und als sozialpolitischer Interessenvertreter benachteiligter Menschen neu definieren und sich ausrichten können. Die Diskussion darüber wird bereits seit Jahren geführt, sie wird jedoch in Zukunft u. a. mit Blick auf Europa und die damit verbundenen Fragen nach der Langfristigkeit einer deutschen Sonderstellung in Bezug auf die Freie Wohlfahrtspflege und die Entwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts noch einmal eine neue Dimension erhalten.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG arbeitet auf den verschiedensten Ebenen daran, die sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Verbände in den notwendigen Entwicklungsprozessen zu unterstützen.

Mit Blick auf den zunehmenden Finanzierungsbedarf gehört dazu z. B. der Einsatz eines auf die sozialwirtschaftlichen Besonderheiten zugeschnittenen Ratings ebenso wie eine individuelle Beratung. Umfangreiche Dienstleistungen zur Professionalisierung des Fundraisings sowie das Engagement der Bank als Sponsor von Fundraising-Tagungen unterstützen die Kunden in der Akquisition von Eigenmitteln. Zur Verbesserung der Liquiditätssituation der Einrichtungen dient das Angebot des Online-Factoring, d. h. die Vorfinanzierung von Forderungen. Ein umfangreiches Vortrags- und Seminarprogramm zu wirtschaftlichen und rechtlichen Fragestellungen der Branche trägt dazu bei, die Kunden mit den aktuellen Entwicklungen vertraut zu machen und sie in den notwendigen Veränderungsprozessen zu begleiten.

Als Spezialkreditinstitut für die Sozialwirtschaft hat die Bank an diesem Engagement ein hohes Eigeninteresse: Langfristig gesehen garantieren nur wirtschaftlich gesunde Sozialunternehmen ein gesundes Wachstum und eine Zukunft der Bank für Sozialwirtschaft AG.

#### **LAGEBERICHT 2003**

Für die Bank für Sozialwirtschaft AG war 2003 das erfolgreichste Geschäftsjahr in ihrer Firmengeschichte. Entgegen dem Trend im Bankensektor konnte die Ertragslage erneut beträchtlich verbessert werden. Die Bilanzsumme wuchs leicht um 1,92 % auf EUR 3,69 Mrd. Der Jahresüberschuss wurde nach EUR 6,81 Mio. im Vorjahr auf EUR 8,94 Mio. im Berichtsjahr und damit um 31,5 % gesteigert.

#### **AKTIVGESCHÄFT**

Die Forderungen an Kunden verzeichneten insgesamt ein moderates Wachstum um 1,6 % auf EUR 1.542 Mio. Dabei zeigte sich der kurzfristige Bereich rückläufig, während das langfristige Segment stark zunahm. Allein die langfristigen Kundenkredite konnten um 21,8 % auf EUR 1.235 Mio. gesteigert werden. Wie bereits in den Vorjahren ist dies vor allem auf die wachsende Nachfrage nach Investitionsdarlehen für den Neubau ebenso wie für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen zurückzuführen. Hier besteht bereits jetzt ein beträchtlicher Investitionsstau, der sich in den nächsten Jahren durch den aktuell zu beobachtenden weiteren Rückzug der öffentlichen Hand aus der Investitionsfinanzierung weiter vergrößern wird.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden um 33 % auf EUR 164,0 Mio. abgebaut und in Wertpapiere umgeschichtet.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag lag mit EUR 1.769,3 Mio. um EUR 211,9 Mio. höher als im Vorjahr.

Die Treuhandkredite schlossen mit einem Volumen von EUR 166 Mio. leicht unter dem Vorjahresniveau (EUR 170 Mio.) ab. Die leichte Differenz ist stichtagsbedingt. Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für Immaterielle Anlagewerte verringerte sich im Geschäftsjahr durch Abschreibungen um 49,9 % auf TEUR 159. Der Wert der Sachanlagen reduzierte sich um 1,1 % auf TEUR 30.957. Dies ist vor allem auf planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude zurückzuführen.

Der Rückgang bei den Sonstigen Vermögensgegenständen um 92,5 % auf TEUR 4.002 ist vor allem dadurch bedingt, dass im Vorjahr fällig gewordene Wertpapiere in Höhe von EUR 51,8 Mio. in dieser Position enthalten waren, die im Berichtsjahr nicht anfielen.

#### PASSIVGESCHÄFT

Wie bereits in den Vorjahren wurden auch 2003 die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten weiter aufgestockt. Sie erhöhten sich um 7,2 % auf EUR 1.226 Mio. Die Erhöhung fand überwiegend im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist statt. Diese Entwicklung ist erneut auf das Wachstum im langfristigen Kreditgeschäft zurückzuführen, zu dem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere der KfW, eine fristenkongruente Refinanzierung darstellen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben auf einem konstanten Niveau bei EUR 2.058,9 Mio. Aufgrund des unverändert hohen Liquiditätsbedarfs der Kunden gab es im Bereich der täglich fälligen Einlagen weiterhin Steigerungen. Diese sind auch darauf zurückzuführen, dass die Bank für Sozialwirtschaft durch technische Instrumente, adäguate Dienstleistungsangebote und gute Konditionen ihre Position als "Bank des Zahlungsverkehrs" weiter ausbauen konnte.

Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist und die Spareinlagen wurden weitgehend durch kurzfristige Anlagen substituiert.

Die Anlagen in Verbrieften Verbindlichkeiten verzeichneten im Vorjahresvergleich einen weiteren Rückgang um EUR 23,2 Mio. auf EUR 79,3 Mio. Er ist erneut durch Fälligkeiten von Schuldverschreibungen bedingt.

Die Rückstellungen wurden um 16,0 % auf EUR 15,8 Mio. aufgestockt.

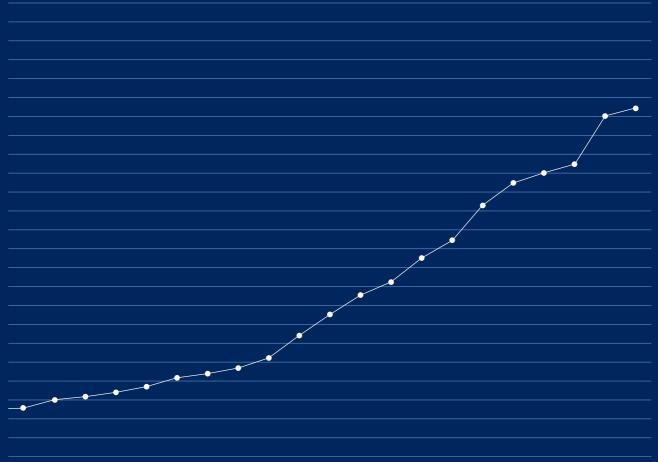
Der Sonderposten mit Rücklageanteil ist um TEUR 575 auf Null zurückgeführt worden. Diese Position wurde im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999 gebildet und über fünf Jahre aufgelöst. Im Jahr 2003 wurde die letzte planmäßige Reduzierung durchgeführt.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten stiegen um 12,1 % auf EUR 36,8 Mio. Dies ist dadurch begründet, dass neue nachrangige Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital aufgenommen wurden, um das haftende Eigenkapital konstant zu halten.



## 3.687,9

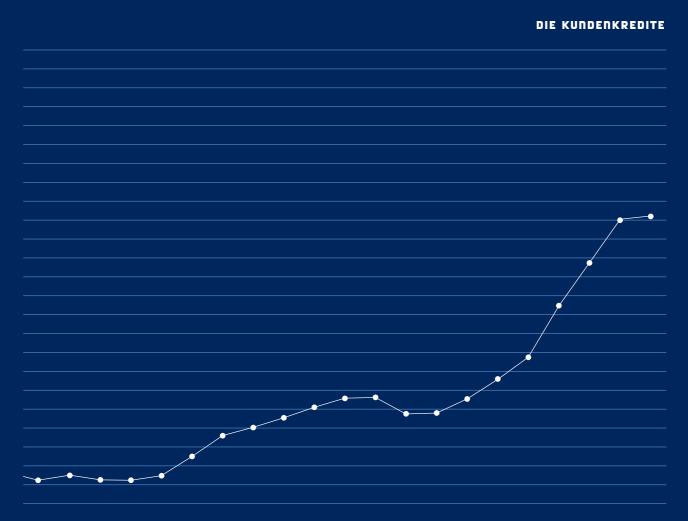
### DIE BILANZSUMME



#### MILLIONEN EUR

530	600	632	689	746	832	860	935	1.114	1.292	1.542	1.804	1.878	2.158	2.653	2.725	2.980	3.138	3.196	3.619	3.688
1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003

## 1.542,0

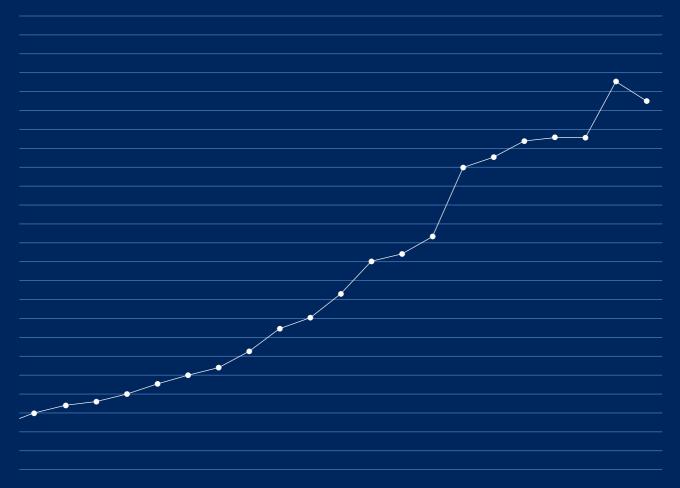


#### MILLIONEN EUR

126	154	128	123	147	254	360	404	464	516		567	492	499	560	688	793	1.056	1.290	1.517	1.542
1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003

## 2.058,9

#### DIE KUNDENEINLAGEN



#### MILLIONEN EUR

300	341	360	406	469	503	544	623	756	912	1.024	1.213	1.243	1.338	1.704	1.753	1.841	1.865	1.866	2.166	2.059
1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003

#### HAFTENDES EIGENKAPITAL

Das gezeichnete Kapital wurde im Berichtsjahr um 4,9 % auf EUR 33,3 Mio. aufgestockt. Dies ist auf die Emission von 30.000 Aktien zurückzuführen, die im Berichtsjahr begeben wurden.

Die Aktien waren zu mehr als 100 % überzeichnet: Zum Ende der Zeichnungsfrist am 30. Juni 2003 lagen Zeichnungsscheine für 64.907 Aktien vor. Eine derart hohe Überzeichnung hatte die Bank für Sozialwirtschaft AG angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der generellen Zurückhaltung der sozialwirtschaftlichen Anleger nicht erwartet. Das große Interesse kann jedoch sowohl auf die Erfolge der Bank in den letzten Geschäftsjahren als auch auf ihre weiterhin sehr guten Wachstumsperspektiven im Zukunftsmarkt Sozialwirtschaft zurückgeführt werden. Auch die Durchschnittsrendite von rund 5,5 %, die die Anleger seit der Erstemission 1998 verbuchen konnten, wird dazu beigetragen haben.

Mit der Erhöhung des Grundkapitals wurde die Basis für das weitere Wachstum verbessert. Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Bank wurde im Rahmen der Hauptversammlung am 8. Juli 2003 und einer anschließenden Versammlung der Vorzugsaktionäre die Umwandlung der bisher begebenen 140.000 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht in Stammaktien mit Stimmrecht beschlossen. Damit wurde zugleich die Umwidmung von Ergänzungskapital (Vorzugsaktien) in Kernkapital (Stammaktien) beschlossen. Mit dem Stimmrecht ist zudem der Vorzug der Vorzugsaktien bei der Gewinnverteilung weggefallen. Bisher wurde für die Vorzugsaktien eine Mehrdividende in Höhe von EUR 0,50 gegenüber den Stammaktien ausgeschüttet.

Die Kapitalrücklage konnte 2003 um 19,9 % auf EUR 31,6 Mio. aufgestockt werden. Die Gewinnrücklage wurde um TEUR 4.061 auf TEUR 7.700 aufgestockt, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2002 in die Position "andere Gewinnrücklagen" eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt damit EUR 72,6 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

#### **EINLAGENSICHERUNG**

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt.

Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 4.003 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

#### **ERTRAGSLAGE**

Vor allem wegen der gestiegenen Volumina im Kreditgeschäft konnte der Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr um 23,1 % auf TEUR 60.839 erhöht werden.

Durch den im Vergleich zum Vorjahr höheren Gewinn des 100%-igen Tochterunternehmens BFS Service GmbH stiegen die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen auf TEUR 172.

Trotz der ungünstigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt ist es gelungen, das **Provisionsergebnis** um 8,3 % auf TEUR 4.173 zu steigern.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen im Berichtsjahr um TEUR 697 auf TEUR 1.751 zurück. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von TEUR 870 erzielt werden konnte, der im Berichtsjahr nicht anfiel.

Die Betriebsaufwendungen sind um 9,4% auf TEUR 28.302 gestiegen. Während die Erhöhung der Personalkosten um TEUR 1.765 in erster Linie durch die tarifliche Steigerung von Löhnen und Gehältern sowie durch Neueinstellungen von Mitarbeitern bedingt war, entfiel die Steigerung der Sachkosten um TEUR 673 vor allem auf die deutlich erhöhten Pflichtbeiträge an die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. Im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 230 gestiegen sind die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wuchsen um TEUR 81 auf TEUR 879.

Das **Betriebsergebnis** liegt damit bei einer Größe von TEUR 34.634 und damit um 33 % höher als im Vorjahr.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war insgesamt positiv. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge gearbeitet. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten ausgegangen werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Bereichen unserer Volkswirtschaft ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das Bewertungsergebnis ist um TEUR 1.135 auf –TEUR 13.099 gestiegen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** erhöhten sich durch das bessere Betriebsergebnis um TEUR 5.250 auf TEUR 13.078.

Der Jahresüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 31,4 % gesteigert werden und liegt für das Geschäftsjahr 2003 bei TEUR 8.945.

#### VORSCHLAG ZUR VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 5.500.000,00 in die Position "andere Gewinnrücklagen" einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 3.451.250,00 an die Aktionäre auszuschütten. Das entspricht einer Dividende in Höhe von EUR 5,50 pro Stammaktie. Gegenüber dem Vorjahr wird damit eine wesentlich höhere Dividende pro Aktie vorgeschlagen: 2003 betrug die Ausschüttung pro Vorzugsaktie EUR 4,90 – inklusive des Bonus in Höhe von EUR 0,80, der anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der Bank ausgezahlt wurde. Pro Stammaktie wurden EUR 4,40 ausgeschüttet.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 7.164,00 angesetzt werden.



## MATTHIAS NINKE « DIREKTOR DER GESCHÄFTSSTELLE BERLIN

#### RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalysesystems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Informationsdienste informiert. Zudem wurde das Bonitätsanalysesystem der Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines größeren Projektes zu einem Ratingsystem ausgebaut, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operative Risiken (z.B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operativen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

#### **AUSBLICK**

Ihre weiteren Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des mit ihr verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme mit noch schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Ein zunehmender Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen war schon in den letzten Jahren zu verzeichnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Als Konsequenz daraus wächst zum einen der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zum anderen steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht. Mit dem Inkrafttreten von Basel II wird sich dies noch verdichten.

Schon jetzt ist zudem festzustellen, dass sich andere Banken zunehmend aus dem Geschäftsfeld Sozialwirtschaft zurückziehen, da ihnen häufig das Know-how zur Beurteilung der Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen fehlt. Auch hieraus ergeben sich neue Geschäftsperspektiven.

Potential sieht die Bank für Sozialwirtschaft AG außerdem in einem weiteren Ausbau des Provisionsgeschäftes. Zur Verbesserung der Dienstleistungen im Wertpapierberatungsgeschäft ist ein Depotanalyseprogramm entwickelt worden, mit dem eine für die Kunden besonders eingängige Darstellung ihrer Depotstruktur erreicht wurde. Diese systematische Aufbereitung ist Ausgangsbasis für den zielgerichteten Beratungsansatz in den Geschäftsstellen und der Zentralen Vermögensanlage.

Die Bank arbeitet systematisch daran, dass alle Chancen optimal genutzt werden können: Die über inzwischen 80 Jahre gewachsenen Kenntnisse über die Entwicklungen der Sozialwirtschaft und ihrer Rahmenbedingungen werden u. a. im Austausch mit Kunden und Gremien der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie durch Einsatz eines sozialwirtschaftlichen Research kontinuierlich weiter ausgebaut und z. B. in Form von Mitarbeiterschulungen regelmäßig im Unternehmen verbreitet. Das bereits auf die Anforderungen von Basel II ausgerichtete neue Ratingsystem der Bank wird schon jetzt nicht nur zur Bonitätsanalyse, sondern auch zur Kundenbe-

ratung eingesetzt. Ihre Produktpalette baut die Bank für Sozialwirtschaft AG mit Blick auf den speziellen Bedarf der Kunden kontinuierlich aus. Im Berichtsjahr wurde z.B. das 2001 eingeführte Online-Factoring, eine innovative Form der Vorfinanzierung von Forderungen, für weitere Leistungsbereiche der Sozialwirtschaft angeboten, es wurden neue Produkte zur Erleichterung der Akquisition von Spenden über das Internet auf den Markt gebracht, und es wurde mit dem Instrument IS InvestControl eine Möglichkeit geschaffen, Investitionen in Sozialimmobilien systematisch zu analysieren und zu planen. Diesen Weg wird die Bank für Sozialwirtschaft AG im laufenden Jahr weiter fortsetzen.

Um die Basis für das weitere Wachstum der Bank zu stärken, wurde zudem in den letzten Jahren eine Reihe interner Restrukturierungsmaßnahmen durchgeführt, die voraussichtlich im laufenden Geschäftsjahr abgeschlossen werden. Seit Januar 2004 sind die Backoffices für den Aktiv- und Passivbereich der Geschäftsstellen Hannover, Köln und Mainz in einem zentralen "Markt-Service-Center" in Köln gebündelt worden. Bis Juli 2004 sollen die Backoffices aller anderen Geschäftsstellen folgen. Durch die damit verbundene Entlastung von administrativen Aufgaben wird die Entwicklung der Geschäftsstellen der Bank zu vertriebsorientierten Einheiten abgeschlossen und zugleich eine Optimierung der Ablauforganisation erreicht.

Zur besseren Nutzung der Marktchancen der Bank für Sozialwirtschaft AG wird außerdem die neue Repräsentanz der Bank für Sozialwirtschaft AG in Nürnberg beitragen, die zu Beginn des laufenden Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Nach dem erfolgreichen Start der Repräsentanz Hamburg im Herbst 2002 setzt die Bank damit erneut auf eine stärkere Regionalisierung ihres Geschäftsstellennetzes und damit auf eine größere räumliche Nähe zu ihren Kunden.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende Geschäftsjahr von einer weiterhin erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 23. März 2004 Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt

Dietmar Krüger

Nando E. Sawall



#### **ENGAGEMENT UND KNOW-HOW**

Das Potential der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft AG ist die wichtigste Ressource zur Sicherung des weiteren Geschäftserfolges des Unternehmens. Mit dem Ziel, das Know-how jedes Einzelnen zu vergrößern und sein Engagement weiter zu verstärken, fördert die Bank daher ihre Mitarbeiter auf verschiedenen Ebenen.

Zunächst bietet sie ein umfassendes Weiterbildungsprogramm an, das neben EDV-Schulungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Bedarf des Einzelnen ausgerichtete Fortbildungen zu bankfachlichen, sozialwirtschaftlichen und persönlichkeitsbildenden Themen beinhaltet. Darüber hinaus haben alle Mitarbeiter die Möglichkeit, an den Seminaren der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH teilzunehmen, die ihren inhaltlichen Schwerpunkt in aktuellen rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sozialwirtschaftlicher Unternehmen haben.

Daneben wird derzeit ein intensives Schulungskonzept zur Vertriebsoptimierung als Pilotprojekt in der Geschäftsstelle Berlin durchgeführt. Auf der Grundlage eines STAR-Assessment-Centers hat jeder Mitarbeiter der Geschäftsstelle die Möglichkeit, an einem umfangreichen Prozess zur Kompetenzentwicklung im sozialen und methodischen Bereich teilzunehmen. Dieser Prozess wird durch Workshops und Coaching-Maßnahmen von einem externen Bildungspartner eng begleitet. Das Pilotprojekt wird im 1. Quartal 2005 abgeschlossen werden. Wenn es zu einem guten Ergebnis führt, soll das Schulungskonzept anschließend an weiteren Standorten der Bank eingesetzt werden.

Ein weiteres Ziel der Bank für Sozialwirtschaft AG ist es, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg der Bank zu beteiligen. Im Berichtsjahr wurde daher zunächst für die außertariflich bezahlten Mitarbeiter ein erfolgs- und leistungsabhängiges Vergütungssystem eingeführt. Die zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten gemeinsam getroffenen Zielvereinbarungen beinhalten Ziele der Gesamtbank ebenso wie individuell an der Leistung des Einzelnen orientierte Zielsetzungen.

Seit 2003 sind durch eine Änderung im Tarifrecht auch für die tariflich bezahlten Mitarbeiterrinnen und Mitarbeiter erfolgsabhängige Gehaltsbestandteile möglich geworden. In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat wurde daher im Berichtsjahr ein Modell für eine entsprechende

Leistungsbeurteilung entwickelt, das im laufenden Jahr praktisch umgesetzt wird. Mit der Möglichkeit, auch für Tarifmitarbeiter eine erfolgsabhängige Vergütung zu schaffen, nimmt die Bank für Sozialwirtschaft AG eine Vorreiterrolle ein.

Im Rahmen eines Ideenmanagements besteht für jeden die Chance, Vorschläge zur Optimierung der internen Abläufe zu machen. Die eingereichten Verbesserungsvorschläge werden auf ihre Realisierbarkeit geprüft; geeignete Vorschläge werden umgesetzt und prämiert.

Den Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander fördert ein Intranet, das tagesaktuelle Daten ebenso wie Hintergrundinformationen aus den einzelnen Abteilungen bietet. Eine monatliche Mitarbeiterinformation berichtet außerdem über wichtige Veränderungen in der Bank und ihren Tochterunternehmen.

Eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung bietet die Bank ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über eine Versicherung in der VERKA Kirchliche Pensionskasse WaG/VIFA Unterstützungskasse GmbH, Berlin. Sie ist zu zwei Dritteln arbeitgeber- und zu einem Drittel arbeitnehmerfinanziert. Darüber hinaus ermöglicht die Bank älteren Mitarbeitern durch die Inanspruchnahme von Altersteilzeit einen gleitenden Übergang in den Ruhestand.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Bank ist die Nachwuchssicherung. Pro Ausbildungsjahrgang stellt die Bank für Sozialwirtschaft AG bis zu vier Ausbildungsplätze zur Verfügung. Im Berichtsjahr schlossen drei Auszubildende mit dem Bankkaufmann bzw. der Bankkauffrau ab. Zwei von ihnen wurden von der Bank übernommen, einer schied aus, um ein Studium aufzunehmen.

In den letzten beiden Jahren zeichnet sich die Tendenz ab, dass es schwieriger wird, adäquaten und schulisch ausreichend qualifizierten Nachwuchs für die freien Ausbildungsplätze zu gewinnen. Ein Grund dafür liegt in einer veränderten Wertigkeit der Bankausbildung im Vergleich zu neuartigen Ausbildungsberufen z.B. aus den Bereichen Informationstechnologie und Marketing. Die Zahl der Interessenten an einer Bankausbildung sinkt konstant und wird in Zukunft zudem von der demographischen Entwicklung weiter negativ beeinflusst werden. Zu vermuten ist, dass es künftig zu einem "war of talents" in der Bankbranche kommen wird und es eine besondere Herausforderung für das Personalmanagement einer jeden Bank sein wird, qualifizierte Führungsnachwuchskräfte zu akquirieren und an sich zu binden.



# OLIVER LUCKNER « DIREKTOR DER GESCHÄFTSSTELLE HANNOVER

Neben Bankkaufleuten bildet die Bank für Sozialwirtschaft AG seit 2001 "Fachinformatiker Anwendungsentwicklung" bzw. "Fachinformatiker Systeminformation" aus. Diese Ausbildung wird in Kooperation mit der Siemens Berufsausbildung Paderborn durchgeführt. Ursprünglich wurde sie mit Blick auf das vor drei Jahren noch mangelnde Angebot zur Rekrutierung von IT-Fachkräften ins Leben gerufen. Der Ausbildungsgang entwickelt sich erfolgreich; die ersten Auszubildenden werden im laufenden Jahr ihren Abschluss machen.

Die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Auftrag der Bank und ihre enge Verbundenheit mit dem Kundenkreis zeigen sich nicht nur in ihrem Engagement während der Arbeitszeit, sondern auch durch ihre vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Sozialwirtschaft, insbesondere der Freien Wohlfahrtspflege. Im Berichtsjahr wurde dieser Einsatz in besonderer Weise gewürdigt: Im Februar 2003 wurde Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, der Vorsitzende des Vorstands der Bank für Sozialwirtschaft AG, und im Dezember 2003 Jürgen Meurer, Generalbevollmächtigter der Bank für Sozialwirtschaft AG, für ein langjähriges und intensives Engagement für die Freie Wohlfahrtspflege mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die enge Verbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Bank zeigt sich auch an der im Branchenvergleich sehr geringen Fluktuationsrate. So wurden im Berichtsjahr eine Reihe 10-jähriger, 25-jähriger und sogar 35-jähriger Jubiläen gefeiert.

Im laufenden Jahr spielen die Mitarbeiter eine ganz besondere Rolle: Die neue Werbekampagne der Bank für Sozialwirtschaft AG arbeitet mit Portraits der Geschäftsstellenleiter. Die "Bank für Wesentliches" – so der Slogan der neuen Kampagne – zeigt damit Wesentliches. Die Portraits, die für die Kampagne gemacht wurden, bebildern außerdem diesen Geschäftsbericht.

#### ENTWICKLUNG DER TOCHTERGESELLSCHAFTEN

#### 15 JAHRE BFS SERVICE GMBH

Am 1. Januar 1989 hat die BFS Service GmbH ihre Arbeit aufgenommen. In der 100%-igen Tochtergesellschaft der Bank für Sozialwirtschaft wurden alle Maßnahmen gebündelt, die die BFS zur betriebswirtschaftlichen Begleitung sozialer Einrichtungen und zur Fortbildung ihres Managements anbietet.

15 Jahre später kann die BFS Service GmbH auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken: Sie hat sich als innovative Fortbildungsinstitution am Markt etabliert, sie hat mit den Betriebsvergleichen für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen ein Instrument geschaffen, das zur kontinuierlichen betriebswirtschaftlichen Optimierung von Einrichtungen beiträgt, und sie ermöglicht durch das Angebot des Online-Factoring ambulanten Pflegediensten, stationären Einrichtungen und Rettungsdiensten eine schnelle und unkomplizierte Vorfinanzierung von Forderungen.

#### **FORTBILDUNG**

Im Fortbildungsbereich konnte die BFS Service GmbH im Jahr 2003 entgegen dem Branchentrend leichte Zuwächse verzeichnen. Während die meisten Fortbildungsinstitutionen Einbrüche von bis zu 40 Prozent in Kauf nehmen mussten, erhöhten sich die Erlöse aus dem Seminarbereich der BFS Service GmbH um rund drei Prozent. Rund 2.000 Teilnehmer besuchten im letzten Jahr die Ein- und Zweitagesseminare zu sozialwirtschaftlichen Fachthemen sowie den einwöchigen Lehrgang zum NPO-Management. Dabei setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort, dass betriebswirtschaftliche und juristische Fragestellungen auf eine wesentlich höhere Nachfrage stoßen als Angebote, die stärker "soft facts" aufgreifen.

Insgesamt verfolgen die Seminarangebote der BFS Service GmbH das Ziel, Fach- und Führungskräfte kontinuierlich mit den sich verändernden Anforderungen in der Sozialwirtschaft vertraut zu machen und betriebswirtschaftliche Professionalisierungsprozesse in sozialen Unternehmen durch die Vermittlung von entsprechendem Know-How zu unterstützen. Über eine intensive Markt- und Umfeldbeobachtung, die durch ein dichtes Netz von internen und externen Partnern gewährleistet wird, können interessante und zukunftsweisende Themen frühzeitig erkannt und in konkrete Seminare und Tagungen umgesetzt werden. Oft gelingt es der BFS Service GmbH dadurch, vor allen anderen Anbietern mit praxisorientierten Angeboten am Markt zu sein. Im laufenden Jahr beispielsweise greifen die neuen Seminare "Die Integrierte Versorgung" und "Die Umsetzung des neuen SGB XII" aktuelle bzw. künftige Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen für die Sozialwirtschaft auf. Die BFS Service GmbH kann hier schon jetzt eine hohe Resonanz verzeichnen.

Es sind aber nicht nur die innovativen Themen und die Qualität der Referenten, die den Erfolg als Fortbildungsinstitution begründen. Ebenso gehört dazu die Mischung der Teilnehmer, die aus allen Wohlfahrtsverbänden und auch aus der gewerblichen Sozialwirtschaft kommen. Denn sie trägt dazu bei, dass die Veranstaltungen der BFS Service GmbH auch als Ort des Austausches wahrgenommen werden.

#### BETRIEBSVERGLEICHE

Mit ihrem Angebot an Betriebsvergleichen hat sich die BFS Service GmbH in den letzten Jahren einen Namen bei allen Einrichtungen der Altenhilfe und bei allen Werkstätten gemacht, die ihre Managemententscheidungen auf der Basis aussagekräftiger Kennzahlendatenbanken treffen und dabei Aspekte des Benchmarking berücksichtigen möchten. Insgesamt mehr als 6.000 Teilnehmer haben sich seit der Einführung im Jahr 1996 an den Betriebsvergleichen beteiligt. Insbesondere die Einrichtungen, die wiederholt teilgenommen haben, konnten Verbesserungspotentiale erkennen und nutzen, um so ihre betrieblichen Prozesse kontinuierlich zu optimieren. Dabei werden die rein zahlenorientierten Betriebsvergleiche durch Auswertungsworkshops ergänzt, die durch einen Erfahrungsaustausch den Teilnehmern einen zusätzlichen Nutzen bieten. Die Workshops werden von externen Fachleuten moderiert, die einzelne Schwerpunktthemen wie z. B. Sachkostenmanagement oder Personaleinsatzplanung in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.

#### ONLINE-FACTORING

Das Dienstleistungsangebot mit dem größten Wachstumspotential für die Zukunft ist seit Herbst 2001 das Online-Factoring, eine innovative Form der Vorfinanzierung von Forderungen. Diese Finanzierungsmöglichkeit, die zunächst ausschließlich ambulanten Pflegediensten eröffnet wurde, hat der Markt sehr gut aufgenommen. Daher erweiterte die BFS Service GmbH das

Angebot des Online-Factoring in den beiden letzten Jahren auf stationäre Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Jugendhilfeeinrichtungen und Rettungsdienste. Eine Ausweitung auf weitere Leistungsbereiche ist absehbar. Die Nachfrage nach dieser Dienstleistung ist so groß, dass im Berichtsjahr ein exponentielles Wachstum konstatiert werden konnte. Dabei gewann die BFS Service GmbH einen großen Teil der Kunden über Empfehlungen zufriedener Nutzer.

#### **EUROPA**

Über all dies hinaus waren in der BFS Service GmbH bis Ende 2003 noch die EU-Dienstleistungen der BFS gebündelt. Seit 1. Januar 2004 sind sie im Rahmen interner Umstrukturierungsprozesse der Bank zugeordnet.

Das 1998 gestartete EU-Förderinformationssystem für die Sozialwirtschaft (www.eufis.de) ist in den letzten Jahren um eine Reihe EU-bezogener Dienstleistungen ergänzt worden. Dazu gehören z.B. Inhouse-Seminare zu speziellen Europathemen, eine individuelle EU-Förderberatung und EU-Newsletter, die in Zusammenarbeit mit einzelnen Wohlfahrtsverbänden erstellt werden. Seit Mitte 2003 bietet das Europa-Büro der BFS in Brüssel großen Verbänden und Einrichtungsträgern aus dem Sozial- und Gesundheitswesen außerdem als Alternative zu einer eigenen Repräsentanz auf europäischer Ebene eine maßgeschneiderte Unterstützung bei der Europaarbeit an.

#### **AUSBLICK**

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH positiv ein. Insbesondere die Nachfrage nach Online-Factoring wird aufgrund der noch zu erwartenden Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens weiter stark steigen. Im Bereich der Seminare und der Betriebsvergleiche rechnet die BFS Service GmbH auf der Basis ihrer erreichten Marktposition mit einer stagnierenden Nachfrage auf hohem Niveau.

#### IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH

Die langfristig marktgerechte Sozialimmobilie stand auch im Berichtsjahr im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der IS Immobilien-Service GmbH. Um die Basis der Beurteilung von Sozialimmobilien für die Kunden und für die finanzierenden Banken, insbesondere für die Bank für Sozialwirtschaft AG, zu verbessern, wurden 2003 zwei Geschäftsfelder neu eröffnet:

Zum einen entwickelte die IS Immobilien-Service GmbH das Analyse- und Planungsinstrumentarium IS InvestControl, das im Sommer des vergangenen Jahres am Markt eingeführt wurde und auf eine sehr positive Resonanz stieß. Mit Hilfe von IS InvestControl können langfristige Risikopotentiale bei einer Investition erkannt und so in aktuelle Überlegungen einbezogen werden. Das Instrument erstellt auf der Basis wesentlicher Daten zum Objekt, zum Investitionsplan, zur Miet- und Pachtkalkulation etc. eine Investitionsanalyse und eine Investitionsvorausschau, gegliedert in eine Liquiditäts- und eine G+V-Betrachtung. Dabei werden vorhandene Finanzierungsteile mit marktüblichen Fremdfinanzierungsmitteln auch unter Sicherheitsaspekten zu einer Gesamtfinanzierung kombiniert. Damit kann z. B. der Darlehensverlauf an die Einnahmeströme angepasst und so die Steuerung der Immobilie für den Einrichtungsbetrieb verbessert werden.

Die Möglichkeiten von IS InvestControl haben bereits zahlreichen Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG verdeutlichen können, wie wichtig eine langfristige Betrachtung bei der Investition in eine Sozialimmobilie ist. Die Marktakzeptanz von IS InvestControl führt die IS Immobilien-Service GmbH vor allem darauf zurück, dass hierdurch Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können, die durch einfache Hochrechnungen und Szenarien zuvor in dieser Form nicht erfasst waren. Eine bundesweit tätige Organisation der Freien Wohlfahrtspflege hat die Optimierung des internen Auswahlverfahrens für Immobilien-Engagements beschlossen und setzt zukünftig sowohl für Neuinvestitions- als auch für Sanierungsentscheidungen IS Invest-Control ein.

Das zweite Geschäftsfeld wurde mit Blick auf die steigende Bedeutung des Ratings und der Beurteilung von Immobilien für das Kreditgeschäft entwickelt: Es wurde ein Team aus internen und externen Gutachtern zusammengestellt, das speziell für Banken, insbesondere die Bank

für Sozialwirtschaft AG, Beleihungswert- und Marktwertgutachten nach den Richtlinien von HypZert erstellt bzw. prüft. Diese Richtlinien entsprechen den besonderen Anforderungen von Banken an die Immobilienbewertung. Mit der Bewertung nach HypZert soll sichergestellt werden, dass sozialwirtschaftlichen Kunden für ihre spezifisch zu beurteilenden Immobilien adäquate Immobilienbewertungen zur Verfügung gestellt werden, wenn Neubau- und Sanierungsvorhaben finanziert werden sollen. Ein Beleihungswertgutachten ist z. B. für die Aufnahme eines Realkredites erforderlich und kann sich damit direkt auf die Kosten einer Finanzierung auswirken.

Darüber hinaus hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr gemeinsam mit Partnern die Gründung einer Betriebsgesellschaft für Sozialeinrichtungen initiiert. Ziel der Neugründung ist, bei Betriebsstörung oder Insolvenz einer Betriebsgesellschaft einen reibungslosen und vor allem für die Bewohner z. B. von Pflegeheimen problemlosen Betriebsübergang zu gewährleisten, sofern nicht sofort ein neuer Betreiber der Freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung steht. Insbesondere ist dadurch auch Management auf Zeit möglich.

#### **AUSBLICK**

2004 wird die IS Immobilien-Service GmbH die im Berichtsjahr neu eröffneten Geschäftsfelder weiter ausbauen: Das Angebot an Beleihungswert- und Marktwertgutachten nach HypZert soll auch anderen im sozialwirtschaftlichen Bereich tätigen Banken angeboten werden. Das Planungs- und Analyseinstrument IS InvestControl wird in seinen Möglichkeiten noch erweitert, indem sukzessive die Anforderungen der Landespflegegesetze in die Plausibilitätsprüfungen mit einbezogen werden. Für das Land Nordrhein-Westfalen wurde dies bereits umgesetzt.



## BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Mit der Hauptversammlung am 8. Juli 2003 in Köln endete turnusgemäß die Amtszeit des Aufsichtsrates. Die Herren Johann Wolfgang Römer, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes a. D., und Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes a. D., schieden aus Altersgründen aus dem Aufsichtsrat aus. Die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für eine weitere Amtszeit wieder gewählt. Als neue Mitglieder wurden die Herren Christian Graf von Bassewitz, Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG, und Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes, in den Aufsichtsrat berufen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde erneut Herr Rüdiger Schmidtchen, Stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e. V., bestellt, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Herr Dr. Robert Batkiewicz, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Römer und Herrn Schmitz-Elsen für ihre langjährige engagierte Tätigkeit für die Bank für Sozialwirtschaft AG und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Auf der Hauptversammlung 2003 wurde zudem beschlossen, ab 2004 die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates von neun auf zwölf zu erhöhen. Die neuen Mitglieder werden auf der Hauptversammlung der Bank für Sozialwirtschaft am 21. Juni 2004 in Köln berufen werden.

Diese Beschlüsse wurden unter anderem vor dem Hintergrund gefasst, dass im Sommer 2003 die bis dahin begebenen Vorzugsaktien der Bank ohne Stimmrecht in stimmberechtigte Stammaktien umgewandelt wurden. Dies entschieden die Stammaktionäre im Rahmen der Hauptversammlung und die Vorzugsaktionäre auf einer gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre auf Vorschlag des Aufsichtsrates und des Vorstandes. Mit der Umwandlung der Vorzugsaktien verändert sich die Struktur der Anteilseigner der Bank für Sozialwirtschaft AG. Dies soll in der Besetzung des Aufsichtsrates Berücksichtigung finden.

Der Jahresabschluss 2003 wurde von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / Steuerberatungsgesellschaft, Eschborn / Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2003. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 12. Mai 2004 Der Aufsichtsrat



## JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2003 DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN

1   Statistical	1	Barreserve					
20   20   20   20   20   20   20   20	١.				571.454.07		70:
2. Schuldittel Streinlicher Stellen und Wichtel, die zur Refinanzierung ist Zentralisitenten zugelssen sind al Schlichzender der univerzierübliche Stellen und und und und und und und und und un						821.810,36	40.94
Refinancierung bol Zentrainotenhanken zugelassen sind al Schatzenotenhanken zugelassen sind al Schatzenotenhanken der unserhinderte Schatzenotenhanken der unserhinderte Schatzenotenhanken der unserhinderte Schatzenotenhanken sind eine Deutschen Bundebank refinanzierbar   Euro		darunter: bei der Deutschen Bundesbank	Euro	250.356,29			( -
a) Schatzweisen und unwerzinsiche Schatzweisen und unwerzinsiche Schatzweisen und unwerzinsiche Schatzweisen Bundebank refinanzierbat   Euro   1	2.			Ч			
Syndrome			133011 3111	u			
Butwitter:		Schatzanweisungen sowie ähnliche					
Best   Course   Bundesbank refinanzierbank   Euro   Bundesbank refinanzierbank r					-,		
B) Merchand   Seed Poutschen Bundesbank refinancierbar   Euro   Seed Poutschen Bundesbank refi			F				(
Specific contribution   Spec			Euro	-,			
1.					<u>-</u>	'	
a) algole* foligo   1600   1		bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	Euro	-,			(
Displacement   Disp	3.	——————————————————————————————————————					
1.   Forderungen an Kunden   1.541.981.498,27   1.517.31						40400040007	23
durch Grundpfandrechte gesichert   Euro   226.907.615,83   (373.276   Kommunalkredite   Euro   226.907.615,83   (388.54   Kommunalkredite)   Euro   236.551,915,57   (388.54   Kommunalkredite)   Euro   236.552,915,915,57   (388.54   Kommunalkredite)		b) andere Forderungen			164.023.056,57	164.092.102,87	244.48
durch Grundpfindechte gesichert   Euro   228.893.614.40   (583.64   583.6	4.	_				1.541.981.498,27	1.517.39
Kommunalkredite         Euro         26907.615,83         [538.54]           5. Schuldverschrichungen und andere festsverzinsche Wettpapiere         a) Gedinarktpapiere         a) Gedinarktpapiere         a) Gedinarktpapiere         a) Gedinarktpapiere         a) Gedinarktpapiere         a) Wein anderen Emittenten			Furo	428 899 864 40			(377.760
Fetser:   Fetse:   Fe							(358.540
Return   R	5.	Schuldverschreibungen und andere					
Section   Sect							
Automatic beleithisar bei der		The state of the s					
Deutschen Bundesbank   Euro					-,		
ab) von anderen Emittenten darunter: beleinbar bei der Deutschen Bundesbank b) Anleihen und Schuldverschreibungen ba) von offentlichen Emittenten darunter: beleinbar bei der Deutschen Bundesbank Euro 395.551.915,57  Deutschen Bundesbank Euro 395.551.915,57  Deutschen Bundesbank Euro 1.03.634.903,53  c) eigene Schuldverschreibungen Bernober Bundesbank Euro 1.03.634.903,53  c) eigene Schuldverschreibungen Euro 13.632.061,92  Bernober Schuldverschreibungen Euro 13.632.061,92  Bernober Schuldverschreibungen Renober an in Finanzalensteistungsinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 511.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: eingefordert Euro 611.291,88  Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: eingefordert Euro 71.291,88  Anteile a			Furo				(
Author   A			Luio	'	500		(
Description							
bay von öffentlichen Emittenten   395.551.915,57   155.44     darunter: beleihbar bei der   105.48     Deutschen Bundetsbank   Euro   395.551.915,57   1.135.387.936,56   1.236.24     Deutschen Bundetsbank   Euro   1.103.634.903,53   1.3632.061,92   1.544.571.914,05   14.1     Deutschen Bundetsbank   Euro   1.103.634.903,53   1.3632.061,92   1.544.571.914,05   14.1     Deutschen Bundetsbank   Euro   13.632.061,92   1.544.571.914,05   14.1     Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere   224.740.762,84   151.55     Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere   224.740.762,84   151.55     Beteiligungen   761.828,74   77.     darunter: an Kreditinstituten   Euro   511.291,88   (51.291.88   61.291.291.291.291.291.291.291.291.291.29			Euro	-,			( -
Deutschen Bundesbank   Euro   395.551.915,57   1.195.387,936,56   1.236.22   1.236.22   1.236.23					005 554 045 53		455.40
Deutschen Bundesbank   Euro   395.551.915,57   1.135.387.936,56   1.236.22					395.551.915,5/		155.49
bb  von anderen Emittenten   1.135.387.936,56   1.236.22			Euro	395.551.915,57			(155.498
Deutschen Bundesbank   Euro   1.103,634,903,53   13,632,061,92   1.544,571,914,05   14.1   1.104,571,914,05   1.104,571,914,0		bb) von anderen Emittenten			1.135.387.936,56		1.236.24
1.54.571.914.05   1.54.571.914.05   1.4.1   1.54.571.914.05   1.4.1   1.54.571.914.05   1.4.1   1.54.571.914.05   1.4.1   1.54.571.914.05   1.4.1   1.54.571.914.05   1.54.5							
Nennbetrag			Euro	1.103.634.903,53	40,000,004,00	454457404405	
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere       224.740,762,84       151.56         7. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten       Euro       511.291,88       651.291,88       (51.291,88       <			Euro	13.632.061.92	13.632.061,92	1.544.5/1.914,05	(14.11
7. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten Euro 511.291,88 an Finanzdienstleistungsinstituten Euro 511.291,88 Euro 512.200,3 Euro 61.200,3 Euro 61.20	6.		papiere	<u> </u>		224.740.762.84	151.59
darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten Euro 511.291,88 Lore Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro 7, an Finanzdienstleistungsinstituten Euro 7, 1 Euro 165.922.300,39 169.66 Lore Carunter: Treuhandkredite Carunter: Treuhandkredite Carunter: Lore Carunter: Treuhandkredite Carunter: Lore Carunter:			рартеге			<u> </u>	
an Finanzdienstleistungsinstituten  Refletie an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten Euro -, an Finanzdienstleistungsinstituten Euro -, an Finanzdienstleistungsinstituten Euro 165.922.300,39  169.66 darunter: Treuhandkredite Euro 165.922.300,39  169.67  Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch  I. Immaterielle Anlagewerte  Sachanlagen  Sachanlagen  Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert Euro -,  Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -,  Sonstige Vermögensgegenstände  Neinleit durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag  Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag  Sundarder: eingefordert  Luco -,  (  1. Rechnungsabgrenzungsposten  1. Religens Allessands  1. Religenskapital gedeckter Fehlbetrag  Luco -,  Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag  -,  Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag  Luco -,  Nicht durch Ei	٠.		Euro	511.291.88		701.020,74	(51°
8. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten Euro -, ( 9. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite Euro 165.922.300,39 169.66 (169.67)  0. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch -, ( 1. Immaterielle Anlagewerte 158.885,00 3  2. Sachanlagen 30.957.430,84 31.22  3. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert Euro -, ( 4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -, ( 5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.5i 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.6i 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,							(
darunter: an Kreditinstituten   Euro   -,	Ω	Anteile an verhundenen Unternehmen				8 034 563 56	5
Treuhandvermögen   165.922.300,39	٠.		Euro	-,		0.001.000,00	( -
darunter: Treuhandkredite  Euro 165.922.300,39  O. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch  Immaterielle Anlagewerte  158.885,00 3  2. Sachanlagen 30.957.430,84 31.29  3. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert Euro -, ( 4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -,  5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.51 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60  7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		an Finanzdienstleistungsinstituten	Euro				( -
0. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch  1. Immaterielle Anlagewerte  1. Immaterielle Anlagewerte  1. Sachanlagen  3. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert  Euro  -, (  4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag  Euro  -,  Sonstige Vermögensgegenstände  4.002.233,35  53.55  6. Rechnungsabgrenzungsposten  1. 881.503,75  1. 60  7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	9.	Treuhandvermögen				165.922.300,39	169.67
einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch  1. Immaterielle Anlagewerte  1. Immaterielle A		darunter: Treuhandkredite	Euro	165.922.300,39			(169.679
2. Sachanlagen 30.957.430,84 31.29 3. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert Euro -, ( 4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -, ( 5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.59 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.69 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,	0.			ısch		-,	
3. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert Euro -, (  4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -, (  5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.51 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.	Immaterielle Anlagewerte				158.885,00	31
darunter: eingefordert Euro -,  Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -,  Sonstige Vermögensgegenstände  4.002.233,35 53.55 6. Rechnungsabgrenzungsposten  1.881.503,75 1.60 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.	Sachanlagen				30.957.430,84	31.29
4. Eigene Aktien oder Anteile Nennbetrag Euro -,  5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.55 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,	3.	Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Ka	pital			-,	
Nennbetrag Euro -, (  5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.51  6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60  7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,		darunter: eingefordert	Euro	-,			(
5. Sonstige Vermögensgegenstände 4.002.233,35 53.50 6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,	4.	Eigene Aktien oder Anteile				-,	
6. Rechnungsabgrenzungsposten 1.881.503,75 1.60 7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag -,		Nennbetrag	Euro	-,			( -
7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.	Sonstige Vermögensgegenstände				4.002.233,35	53.55
	6.	Rechnungsabgrenzungsposten				1.881.503,75	1.66
Summe der Δktiva 3 ε87 926 924 02 2 ε19 Ε	7.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	]			-,	
3.007.320.034,02 3.010.3					Summe der Aktiva	3.687.926.834,02	3.618.53

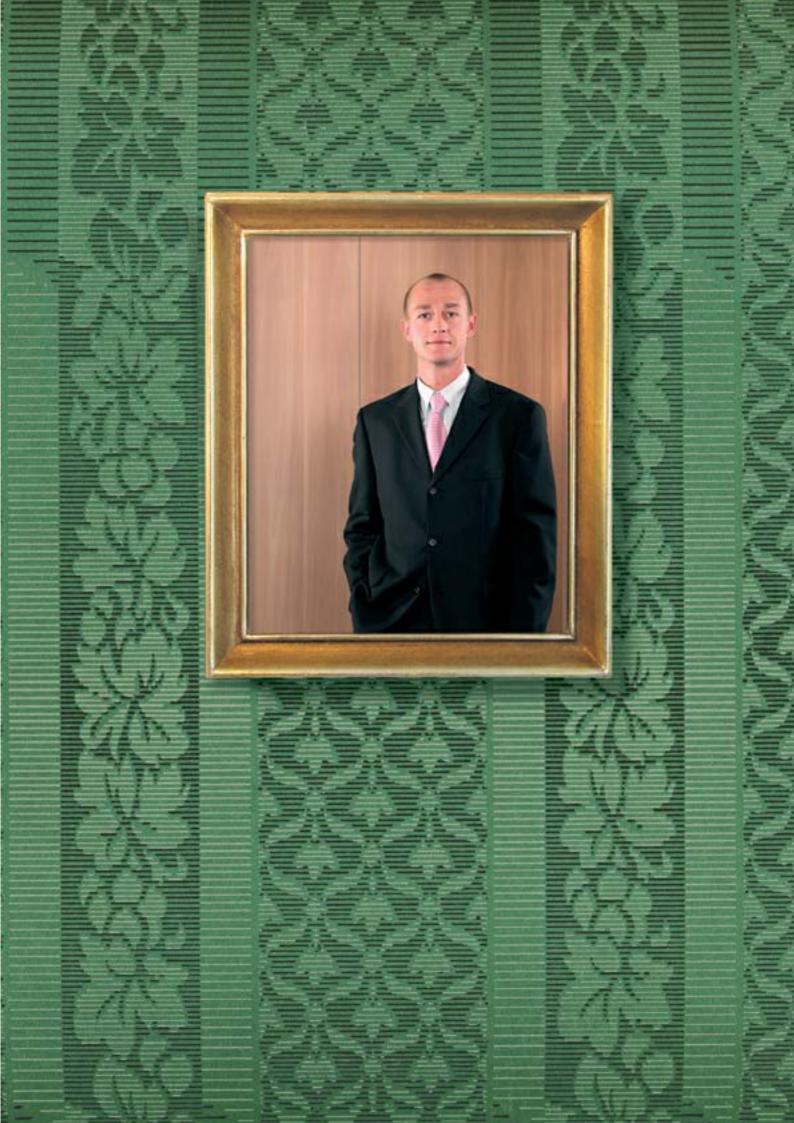
Passi	vseite			Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit				23.696.586,37		17.546
	oder Kündigungsfrist				1.202.011.596,78	1.225.708.183,15	1.125.380
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen						
	<ul> <li>aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist</li> <li>von drei Monaten</li> <li>ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist</li> </ul>			74.070.264,07			72.785
	von mehr als drei Monaten b) andere Verbindlichkeiten			17.138.544,36	91.208.808,43		22.093
	ba) täglich fällig bb) mit vereinbarter Laufzeit			1.029.106.397.59			990.879
	oder Kündigungsfrist			938.612.939,32	1.967.719.336,91	2.058.928.145,34	978.182
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten a) begebene Schuldverschreibungen b) andere verbriefte Verbindlichkeiten darunter:				79.262.961,72 	79.262.961,72	102.459 -
	- Geldmarktpapiere - eigene Akzepte und Solawechsel	Euro	-,				( -)
	im Umlauf	Euro	-,				( -)
4.	Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	Euro	165.922.300,39			165.922.300,39	169.679 (169.679)
5.	Sonstige Verbindlichkeiten					2.657.966,20	2.448
6.	Rechnungsabgrenzungsposten					3.126.311,56	3.427
7.	Rückstellungen a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen b) Steuerrückstellungen c) andere Rückstellungen				5.025.809,00 4.645.561,00 6.092.084,22	15.763.454,22	4.727 4.631 4.236
8.	Sonderposten mit Rücklageanteil					0,00	575
9.	Nachrangige Verbindlichkeiten					36.848.261,08	32.886
10.	Genussrechtskapital darunter:					12.947.607,91	12.948
	vor Ablauf von zwei Jahren fällig	Euro	3.323.397,22				( -)
11a.	Fonds für allgemeine Bankrisiken					5.200.000,00	5.113
11b.	Sonderposten aus Währungsumrechnung					-,	
12.	Eigenkapital a) gezeichnetes Kapital b) Kapitalrücklage c) Gewinnrücklagen ca) gesetzliche Rücklage cb) Rücklage für eigene Anteile cc) satzungsmäßige Rücklagen cd) andere Gewinnrücklagen			-, -, 7.700.000,00	33.280.000,00 31.623.228,45 7.700.000,00		31.720 26.373 - - - - 3.639
	d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				8.958.414,00	81.561.642,45	6.813

		Summe der Passiva	3.687.926.834,02	3.618.539
1.	Eventualverbindlichkeiten	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	40.464.444,89		33.356
_	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeite	n	40.464.444,89	-
2.	Andere Verpflichtungen			
	a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,		-
	b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-
	c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	154.884.976,00	154.884.976,00	109.585

ALFRED VESPER
« DIREKTOR DER GESCHÄFTSSTELLE ESSEN

JAHRESABSCHLUSS DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BERLIN/KÖLN

**31. DEZEMBER 2003** 



4					
<del>-</del> :	Zinserträge aus al Kreriit- und Geldmarktneschäffen	93 134 398 33			93 536
	b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	53.470.311,81	146.604.710,14		51.029
2	Zinsaufwendungen		92.142.262,03	54 462 448 11	99.987
				54.462.448,11	44.578
ో	Laufende Erträge aus a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren b) Beteiligungen		6.376.097,38		4.853
	c) Antelien an veroundenen Unternenmen		00,07	6.376.197,38	1
4.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			171.931,66	4
5.	Provisionserträge		5.084.593,00		4.538
9	Provisionsaufwendungen		911.486,67	4.173.106,33	683
7.	Nettoertrag aus Finanzgeschäften			57.555,32	1
	Nettoaufwand aus Finanzgeschaften				411
o 0	Sonstige betriebliche Ertrage  Edwing aus das Ausfiscus von Candonacten			1.750.708,07	2.44/
	Ertrage aus der Auflösung von Sonderposten mit Kucklageantell			5/4.888,00	5/5
10.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand aa) Löhne und Gehälter	13.578.848,91			12.005
	ab) Sociale Rogadei und Adwerlddingen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 1.759.299,50	3.897.585,65	17.476.434,56	28 302 003 46	3.707 (1.892)
1.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.119.807.03	2.890
12.	Sonstige betriebliche Aufwendungen			878.601,16	798
13.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		13.098.879,86		11.964
4.	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		ļ	13.098.879,86	ı
15.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				1
16.	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie				
	Anlagevermögen behandelte Wertpapieren		-	-	1
17.	Autwendungen aus Verlustübernahme Einstellungen in Sondernosten mit Rücklageanteil			-	1 1
19.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			22.167.453,36	14.682
	Außerordentliche Erträge		ŀ		1
21.	Außerordentliche Aufwendungen		1-1		1
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13.077.640,73	ļ-	7.828
	Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		57.803,92	13.135.444,65	47
25.	Erträge aus Verlustübernahme			-	1
26.	Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			ļ	1
27.	Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			87.081,19	1
	28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			-	
	Jahresüberschuss			8.944.927,52	6.807
30.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			4.074.304,68	927
31.	Entnahmen aus der Kapitalrücklage			13.019.232,20	
	-			13.019.232,20	7.734
32.	Entrahmen aus Gewinnrücklagen a) aus der gesetzlichen Rücklage				
	o) aus de nuckage, un eigene Anteine o) aus saturungsmäßigen dicklagen a) aus anderen Gewinntricklanen		<u> -</u>  -	;	,
	u) aus anuchen urwinnnucklagen			13.019.232,20	7.734
33.	Entnahmen aus Genussrechtskapital				
				13.019.232,20	7.734
34.	Einstellungen in Gewinnrücklagen a) in die gesetzliche Rücklage b) in die Rücklage für eigene Anteile c) in satzungsmäßige Rücklagen		<b>;</b> ; ;		
	d) in andere Gewinnrücklagen		4.060.818,20	4.060.818,20	920
	Mindon Heilling dar Cantrescoktsbanitale			8.958.414,00	6.813
ů.	35. Wiederauffullung des Genussrechtskapitals				

ULF HARTMANN « LEITER DER GESCHÄFTSSTELLE MAINZ

> GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BERLIN/KÖLN

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2003

## ANHANG 2003 DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BERLIN/KÖLN

#### A. ALLGEMEINE ANGABEN

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

#### B. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Teilwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus dem Handelsbestand und der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte bzw. zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

## C. ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS 2003

a) Sachanlagen/Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	1.108.115	43.222.645	14.101.610	58.796.695
Zugänge	31.129	21.040	2.603.790	2.655.959
Zuschreibungen	-	-	4.725	4.725
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	69.171	-	1.325.846	1.395.017
Abschreibungen kumuliert	911.188	18.313.716	9.356.817	28.946.046
Buchwerte am Bilanzstichtag	158.885	24.929.969	6.027.462	31.116.316
Abschreibungen Geschäftsjahr	189.394	991.165	1.939.248	3.119.807

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit EUR 58.677 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	84.679.426	761.829	8.034.564	93.475.819
Buchwerte am Bilanzstichtag	84.679.426	761.829	8.034.564	93.475.819
Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -			152.272.514
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			124.592.135

## D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

#### I Bilanz

• Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	103.896.078	60.126.979	0	0
Forderungen an Kunden (A4)	168.092.406	72.664.326	329.454.287	888.442.489

In den Forderungen an Kunden ( A 4 ) sind EUR 83.327.990 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

• Von den in der Bilanz ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind im Folgejahr fällig:

in EUR		
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffent	lichen Emittenten	0
Anleihen und Schuldverschreibungen von andere	en Emittenten	186.837.178

• In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbunden	en Unternehmen	Forderungen gegenüber Beteili	gungsunternehmen
in EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	10.609.653	915.551	13.951.356	28.534.494

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von EUR 5.981.381 (Vorjahr: EUR 6.618.549).

#### • In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.530.939.852	1.515.871.180	15.068.672	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	11.621.725	6.810.705	4.811.020	0
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren
  In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.
- Besitz von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name ur	nd Sitz Ann Gesellschafts	teil am kapital	Eigenkapital	der Gesellschaft	J	ebnis des letzten vorliegenden hresabschlusses
		0/0	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt	- BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH, Köln	100,0	2003	51	2003	-
	- IS Immobilienfonds 6 GbR	62,4	2003	13.755	2003	-2.566
Indirekt	- L.O.G. Lotterie-Organisationsges. mbH, Düsseldorf	100,0	2002	-1.055	2002	-154
	- IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH, Köln	100,0	2003	2.469	2003	659

Der Gewinn 2003 der BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH in Höhe von EUR 171.932 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Bei dem Ergebnis aus der Beteiligung an der IS Immobilienfonds 6 GbR handelt es sich um die einmalig im Beitrittsjahr anfallende Verlustzuweisung.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

#### Weitere Beteiligung bestehen

- a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.560 entspricht dies einem Anteil von 6,85 %.
- b) an der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00 %.
- · Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und -verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	165.922.300
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	227.883
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	165.694.417

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von EUR 165.694.417 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen EUR 227.883

• Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	24.407.197
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.027.462

• Im Posten "Sonstige Vermögensgegenstände" sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	520.483
Materialbestände	184.053
Genossenschaftsanteile	587.300
davon Kreditinstitute	551.000
Steuerforderungen	739.093

• Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 340.314 (Vorjahr EUR 366.818) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzswapgeschäft in Höhe von EUR 694.974 (Vorjahr EUR 761.162).

• Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (		56.714.174	256.991.861	513.310.293
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	2.904.485	11.458.469	2.775.590	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber <b>Kunden</b> mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	860.520.082	12.601.929	58.069.584	7.421.344

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr EUR 51.442.085 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von EUR 2.164.750.745 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von EUR 1.072.114.386.
- Im Posten "Sonstige Verbindlichkeiten" sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	34.949
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	577.684
Zinsanteile für Genussrechte	927.875
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	83.050
Steuerverbindlichkeiten	411.254

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 2.819.049 (Vorjahr EUR 3.084.808) enthalten.
- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 1.695.969 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, liegen nicht vor.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

• Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission 1994: Nennbetrag EUR 3.323.397
Emission 1997: Nennbetrag EUR 5.624.211
Emission 2002: Nennbetrag EUR 4.000.000

• In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen		
in EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	99.877	253.903
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.365.442	1.402.416	84.929.830	172.748.427

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank
  - sind die folgenden Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

EUR 40.464.445

• sind die folgenden "Anderen Verpflichtungen" (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Unwiderrufliche Kreditzusagen

#### II GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.326.839
Wertpapiergeschäft	2.234.738

• Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge	
Auflösung sonstige Rückstellungen	438.482
Miet- und Pachterträge	916.649

sonstige betriebliche Aufwendungen	
Zuführung sonstige Rückstellung	318.412
Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen	57.027
Aufwendungen für Messestand	44.186
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	285.910

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von EUR 74.650 vorgenommen (Vorjahr EUR 75.954). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

#### E. SONSTIGE ANGABEN

• Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

	Nominalbetrag	Restlaufzeit
Payer-Swap-Geschäft	TEUR 60.226	über 1 bis 5 Jahre
Payer-Swap-Geschäft	TEUR 385.729	mehr als 5 Jahre

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2003 maximal EUR 4.003.168 betragen.
  - Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2003 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2003 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von EUR 2.042.895.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	244.889
Mitglieder des Aufsichtsrates	200.166
Mitglieder des Beirates	63.087

• Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von EUR 4,1 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.

• Die Zahl der 2003 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
Prokuristen	4	-
Handlungsbevollmächtigte	7	-
Angestellte	195	30
	206	30
Gewerbliche Mitarbeiter	-	20
	206	50

Außerdem wurden durchschnittlich 9 Auszubildende beschäftigt.

- Im Geschäftsjahr wurde das gezeichnete Kapital von EUR 31,72 Mio. durch Ausgabe von neuen Vorzugsaktien um EUR 1,56 Mio. auf insgesamt EUR 33,28 Mio. erhöht.
   Mit Beschluß der Sonderversammlung vom 8. Juli 2003 wurden alle Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt.
- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 640.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25. Juli 2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von EUR 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von EUR 14,3 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 25. Juli 2006 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

#### • Entwicklung der Rücklagen:

in EUR	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
Stand per 01.01.2003	26.373.228,45	3.639.181,80
Zugang 2003	5.250.000,00	
- Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2002		4.060.818,20
Abgang 2003	0,	
Stand per 31.12.2003	31.623.228,45	7.700.000,00

## NAME UND ANSCHRIFT DER PRÜFUNGSGESELL-SCHAFT:

» Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Eschersheimer Landstr. 6
60322 Frankfurt/Main

## MITGLIEDER DES VORSTANDES

- » Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- » Dietmar Krüger, Bankkaufmann
- » Nando E. Sawall, Bankkaufmann

## MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

- » Rüdiger Schmidtchen, Vorsitzender, Stv. Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V.
- » Dr. Robert Batkiewicz, Stv. Vorsitzender, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V.
- » Christian Graf v. Bassewitz, Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG (seit 8. Juli 2003)
- » Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
- » Dr. h. c. Jürgen Gohde, Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Johann Wilhelm Römer, Generalsekretär a. D., Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat (bis 7. Juli 2003)
- » Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär a. D., Deutscher Caritasverband e. V. (bis 7. Juli 2003)
- » Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident und Finanzdirektor, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.
- » Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R.
- » Michael Warman, Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
- » Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat (seit 8. Juli 2003)

## BERLIN UND KÖLN, 12. MÄRZ 2004

» Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt Krüger Sawall

# BESTÄTIGUNGSVERMERK DER WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT 2003

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 26. März 2004

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Griess Binder

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

## GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

#### GESCHÄFTSSTELLEN

- » 10178 Berlin | Oranienburger Straße 13/14 Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367 | bfsberlin@sozialbank.de
- » 01099 Dresden | Louis-Braille-Straße 8 Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585 | bfsdresden@sozialbank.de
- » 45127 Essen | Kennedyplatz 6
  Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644 | bfsessen@sozialbank.de
- » 30177 Hannover | Podbielskistraße 166 Telefon 0511.3 4023-0 | Telefax 0511.3 4023-523 | bfshannover@sozialbank.de
- » 76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20 Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688 | bfskarlsruhe@sozialbank.de
- >> 50668 Köln | Wörthstraße 15-17
  Telefon 0221.973 56-0 | Telefax 0221.973 56-177 | bfskoeln@sozialbank.de
- » 04109 Leipzig | Zimmerstraße 3 Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543 | bfsleipzig@sozialbank.de
- » 39104 Magdeburg | Fürstenwall 3 Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539 | bfsmagdeburg@sozialbank.de
- » 55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G
  Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669 | bfsmainz@sozialbank.de
- » 81679 München | Richard-Strauss-Straße 71 Telefon 089.98 29 33-0 | Telefax 089.98 29 33-629 | bfsmuenchen@sozialbank.de

#### REPRÄSENTANZEN

- » 99084 Erfurt | Pfeiffersgasse 13 Telefon 0361.55517-0 | Telefax 0361.55517-20 | bfserfurt@sozialbank.de
- » 22089 Hamburg | Wandsbeker Chaussee 8 Telefon 040.253326-6 | Telefax 040.253326-80 | bfshamburg@sozialbank.de
- » 90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42 Telefon 0911.5815-401 | Telefax 0911.5815-403 | bfsnuernberg@sozialbank.de
- > 70173 Stuttgart | Königstraße 80 Telefon 0711.62902-0 | Telefax 0711.62902-40 | bfsstuttgart@sozialbank.de

#### EUROPA-BÜRO DER BFS

» B-1040 Brüssel | Rue de Pascale 4 - 6
Telefon 0032.2280277-6 | Telefax 0032.2280277-8 | bfseu@sozialbank.de

